

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 30, Rue des Ecoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Aus dem Inhalt:

Die braune Schreckensherrschaft

Aus den Deutschlandberichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Prix: Fr. 1,50

Alldeutsche Demonstration

Die militärische Konzentration in Nürnberg

Entscheidung für den Frieden?

Aber um welchen Preis?

Zur Stunde, in der wir schreiben, scheint die Entscheidung für den Frieden gefallen zu sein. Die tschechoslovakische Regierung hat unter dem Druck der deutschen Einmarschdrohung und unter dem diplomatischen Druck der englischen Regierung sich bereit erklärt, die Forderungen der Henleinleute, das heisst die Forderungen Hitlers, in fast allen Punkten zu erfüllen.

Wenn diese Unterwerfung unter die Hitlerforderungen den Frieden sichert, so belastet sie dennoch auf das verhängnisvollste die europäische Zukunft. Welche Erpressung ist dem III. Reich dann noch unmöglich?

Trotz der Haltung der tschechoslovakischen Regierung sind die französische und die englische Regierung noch in tiefer Unruhe. Man sieht den Tag der Hitlerrede in Nürnberg als kritischen Tag an. Die französische Regierung hat Sicherheitsmassnahmen getroffen, die durch die deutschen militärischen Massnahmen nötig geworden sind.

Die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden liegt in der Hand Hitlers.

Die Zeit ist längst vorüber, in der man in antifaschistischen Kreisen darüber diskutierte, was der eigentliche Sinn des Dritten Reiches sei, und welche Deutung den Reichsparteitag von Nürnberg zu geben sei. Im Augenblicke der höchsten Kriegsgefahr erübrigen sich geistreiche Analysierungs- und Deutungsversuche. Angesichts der Mobilmachung des deutschen Heeres ist niemand mehr im unklaren, was das Dritte Reich will.

Der Nürnberger Parteitag der NSDAP — der grossdeutsche Kongress, wie ihn die nationalsozialistische Presse nennt — ist eine Versammlung mobiler Formationen, die sich planmässig in den „Manöver“ genannten deutschen Aufmarsch eingliedert. Er ist eine militärische Massnahme, von der eine Bedrohung der tschechoslovakischen Republik ausgeht. Das hat man in der ganzen Welt begriffen, und deshalb hat man ihn als zusätzliche Kriegsgefahr gewertet.

Diese militärische Versammlung ist gleichzeitig gedacht als eine Demonstration zugunsten der grossdeutschen Forderungen des Dritten Reiches. Mit dieser Sorte von grossdeutschen Forderungen hat die deutsche Demokratie nicht das mindeste zu tun. Im Geiste des Dritten Reiches ist grossdeutsch gleichbedeutend mit *alldeutsch*. Die territorialen Eroberungsziele, die sich daraus ergeben, sind hinlänglich bekannt. Sie umfassen Holland und Belgien, das Elsass und die Schweiz, Böhmen und Siebenbürgen, beträchtliche Teile Polens, die Randstaaten und Dänemark. Zahlreich sind die literarischen Zeugnisse aus dem Dritten Reich und aus der Literatur seiner Vorläufer, die diese Ziele mit der grössten Brutalität aufgezeigt haben. Hitlers Programmbuch, „Mein Kampf“ lässt keinen Zweifel darüber, was er unter grossdeutsch versteht.

Wenn das Dritte Reich die Forderung der Schaffung Grossdeutschlands verkündet, so will es Europa das Gesetz eines „deutschen Friedens“ auferlegen, der alles politische und soziale Geschehen in Europa unter das Gesetz der Militärmacht des Dritten Reiches stellt. Ein solcher grossdeutscher Frieden würde Europa vollkommen desorganisieren. Er würde das Ende Europas als Kulturzentrum bedeuten, er wäre der Tod der Demokratie.

Dieser Sorte von Grossdeutschtum steht das Interesse der deutschen Demokratie gegenüber, die ein demokratisches

Deutschland in ein demokratisches Europa neu einordnen will. Es gibt keine Verwandtschaft oder Gemeinschaft zwischen den Eroberungs- und Machtzielen des Dritten Reiches und den demokratischen Kräften des deutschen Volkes. Das Dritte Reich strebt nach Macht um der Macht willen, die deutsche Demokratie nach Freiheit. Das Dritte Reich will die Einheit eines Länder- und Volksblocks verwirklichen, um ihn unter einheitlichen militärischen Befehl zu stellen. Die deutsche Demokratie strebt nach der Einheit im Willen zur Freiheit. Das Dritte Reich ordnet alles Recht und alle Freiheit einem leeren nationalistischem Machtwahn unter. Die Demokratie anerkennt die Wiederherstellung und die Sicherung von Demokratie und Freiheit in Europa als oberstes Prinzip der Organisation Europas. Der Weg zu diesem Ziele führt nicht über Militärmacht und Eroberung, sondern über die Verständigung der Völker Europas. Die Demokratie will nicht Staatsgrenzen verschieben, sondern die Grenzen bedeutungslos werden lassen.

Jede auch nur scheinbare Annäherung an die grossdeutschen Eroberungsziele des Dritten Reiches muss deshalb ebenso streng vermieden werden wie der Schein einer Anerkennung dessen, was das Dritte Reich mit Gewaltmethoden zum Zwecke neuer weitergehender Gewaltanwendung bisher an Verschiebung der Grenzen in Europa erwirkt hat.

Wer könnte angesichts der Pläne des Dritten Reiches zur Eroberung Böhmens im Lager der deutschen Demokratie darüber noch im unklaren sein! Hier geht es nicht um die Erkämpfung demokratischer Volksrechte, sondern um die Losreissung eines wichtigen Gebietes von einem Lande und seiner Angliederung an die nach Eroberung dürstende Gross-

macht. Der Erfolg Hitlers in Sudetendeutschland wäre der Tod der Demokratie in diesem Gebiete, er würde die Aussichten auf eine innere Befreiung des deutschen Volkes verschlechtern, er wäre ein Schritt weiter zur totalitären Versklavung Europas. An dieser brennenden und gefährlichen Frage wird sichtbar, welcher Abgrund zwischen dem Recht des deutschen Volkes und den grossdeutschen Zielsetzungen des Dritten Reiches klafft.

Das Alldeutschtum des Dritten Reiches ist der Todfeind der Freiheit. Die militärische Demonstration von Nürnberg ist eine Demonstration gegen die europäische Demokratie, eine brutale Bekundung des Eroberungs- und Kriegswillens des Dritten Reiches.

C. G.

Hitler als Schiedsrichter

Ein gefährlicher Schritt

Lord Runciman hat Henlein zu Hitler geschickt, damit Hitler Stellung nehme zu dem neuesten Angebot der tschechoslovakischen Regierung an die Partei des Herrn Henlein. Mit diesem Schritt ist Hitler ganz offiziell in die Verhandlungen zwischen der Partei des Herrn Henlein und der tschechoslovakischen Regierung eingeschaltet worden. Man muss annehmen, dass Lord Runciman diesen wichtigen und gefährlichen Schritt nicht ohne Billigung der englischen Regierung unternommen hat.

Man muss zugestehen, dass dieser Schritt in jeder Hinsicht vorurteilslos ist. Man könnte zu seinen Gunsten sagen, dass er lediglich eine Tatsache enthüllt: dass die Partei des Herrn Henlein in der tschechoslovakischen Republik nicht eine politische Partei im Sinne der demokratischen Verfassung darstellt, sondern eine Organisation der Irredenta, ein Werkzeug der deutschen Regierung, das seine Befehle und Instruktionen von der deutschen Regierung erhält. Aber zwischen der Erkenntnis dieser Tatsache und ihrer politisch-diplomatischen Anerkennung ist ein

weiter Schritt — und diesen Schritt ist Lord Runciman gegangen.

Dieser Schritt bedeutet indessen noch mehr. Wenn die Frage der Behandlung der deutschen Minderheit in der Tschechoslovakie aus einer inneren Frage der tschechoslovakischen Republik eine internationale Frage wird, so bestehen immer noch gültige Verträge, die die Art des Verfahrens regeln, und an die gerade die englische Regierung gebunden ist. Auf Grund der Minderheitenverträge steht der deutschen Minderheit das Recht zu, an den Völkerbund zu appellieren — und an niemanden sonst. Ueber diese Verträge, die immer noch in Kraft sind, hat sich Lord Runciman glatt hinweggesetzt. Er betreibt eine „realistische Politik“, indem er die bestehenden Verträge stillschweigend als nicht mehr gültig ansieht. An die Stelle des Völkerbundes tritt ein anderer, dem die Entscheidung zugeschoben wird — Hitler!

Lord Runciman anerkennt stillschweigend, dass Deutschland ein Recht zur Einmischung in der Tschechoslovakie, also auch in allen jenen Ländern hat, in denen deutsche Minderheiten wohnen. Er kommt der nationalsozialistischen Lehre vom „Volkstum“ weit entgegen. Dem beschränkten Realismus des Engländers, der nur die augenblicklich drängendste Tatsache sieht, und nicht die weiteren Konsequenzen seiner Haltung, mag es verborgen bleiben, welche ungeheure Gefahr in dieser stillschweigenden Anerkennung liegt. Ist sie nicht geradezu eine Einladung, die gleiche Politik der militärischen Erpressung und der Einmischung zu betreiben gegenüber allen anderen Ländern, in denen deutsche Minderheiten wohnen, gegenüber Polen und Rumänien, gegenüber Frankreich und Dänemark, und wenn man weiter sieht, gegenüber der Schweiz, Belgien, Holland, Russland, Brasilien und selbst gegenüber den Vereinigten Staaten? In der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika haben sich die Engländer derartige Versuche jedenfalls höchst energisch verboten.

Hitler hat die ihm zugestandene Schiedsrichterrolle sofort damit begonnen, dass er den letzten tschechischen Verständigungsvorschlag glatt abgelehnt hat. Lord Runciman hat nicht erreicht, was er wollte, er hat lediglich einen ungeheuer gefährlichen Präzedenzfall geschaffen.

Wäre Deutschland noch das freie Land, das es vor wenigen Jahren noch gewesen ist, dann würden am kommenden 15. September sich Tausende drängen, um dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Wels, zu seinem 65. Geburtstag ihre Glückwünsche auszusprechen. Denn dass dieses Deutschland während einiger weniger Jahre seiner langen Geschichte trotzdem ein freies Land sein konnte, war das Verdienst von Männern, unter denen Otto Wels einer der besten war. Als es damit zu Ende ging, hat Otto Wels das Erbe der Republik durch die Abgabe der historisch gewordenen sozialdemokratischen Erklärung vom 23. 3. 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz verteidigt, und erst als die letzte Möglichkeit eines Kampfes in Deutschland geschwunden war, hat er im Auftrag der Partei das Land verlassen, um den Kampf für die Freiheit des deutschen Volkes vom Auslande her fortzusetzen. Dafür ist ihm die höchste Ehre zuteil geworden, die das Dritte Reich zu vergeben hat, er steht auf der ersten Ausbürgerungsliste, und ginge es dort nicht nach dem Alphabet, so stünde er gewiss an erster Stelle.

Indes haben die Unterdrückten kein schlechteres Gedächtnis als die Unterdrücker. Auch sie haben Otto Wels nicht vergessen, sie haben nicht vergessen, was dieser Name in der neuesten Geschichte bedeutet, und sie haben nicht aufgehört, auch für die Zukunft Hoffnungen auf ihn zu setzen. Wenn wir also Otto Wels, den wir zu unserer Freude als einen von länger Krankheit Genesenen wieder in unserer Mitte sehen, zu seinem 65. Geburtstag Glück wünschen, so tun wir das nicht nur für uns allein, sondern auch für die ungezählten Männer und Frauen drinnen, die mit unerschütterlicher Treue zur Sache der Sozialdemokratie stehen. Für sie wie für uns gibt es nur noch ein Glück — kämpfen zu können. Möge unserem Otto Wels dieses Glück noch viele Jahre beschieden sein!

Neue Intervention

Das Verbrechen an Spanien

Die englische Regierung hat Unterhändler zu General Franco geschickt, damit dieser sich seine sabotierende Antwort auf den englischen Vorschlag zur Zurückziehung der fremden Kombattanten aus Spanien noch einmal überlege. Diese Unterhandlungen kosten Zeit, und inzwischen handeln Deutschland und Italien. Die beiden Interventionsmächte wiederholen das Spiel vom Vorjahre. Sie gehen scheinbar auf die englischen Absichten ein, aber nur, um Zeit zu gewinnen. Sie spekulieren darauf, dass sie diese gewonnene Zeit zur endgültigen Niederwerfung der Spanischen Republik ausnutzen könnten.

Diese Spekulation ist bisher noch immer auf ein Hindernis gestossen, auf die siegreiche Verteidigung der spanischen Republikaner auf den Schlachtfeldern. Auch diesmal wieder hat sich die Republik mit Erfolg zur Wehr gesetzt. Inzwischen aber gibt es Anzeichen, dass eine neue grosse Offensive der Interventionsmächte vorbereitet wird. Es mehren sich die Transporte aus Deutschland und Italien nach Spanien, die neue gewaltige Massen von Kriegsmaterial nach Spanien bringen.

Es ist nur zu deutlich sichtbar, wie hier militärische Aktion und Diplomatie Hand in Hand arbeiten. Die Diplomatie, die den Interventionsmächten immer wieder in so grosszügiger Weise Zeitgewinn gestattet, begünstigt die Intervention Deutschlands und Italiens.

Die tschechische Grossmutter Vom Wahnsinn des braunen Nationalismus

Es scheint uns an der Zeit, auf eine Konsequenz hinzuweisen, die eine Unterstellung des sudetendeutschen Gebietes unter den Totalitätswahn des Dritten Reiches haben müsste. Dieser Wahn müsste alles, was nach seinen rassebiologischen Begriffen nicht als deutsch anzusprechen wäre, als minderen Rechts behandeln, etwa so, wie

Wie jetzt aus einer Anzahl Kriegsbeordnungen zu schliessen ist, sind für den Mobilisierungsfall starke deutsche Truppenkonzentrationen an der deutsch-niederländischen Grenze zu erwarten. Obwohl die Stärke dieser Truppenverbände als auch die Waffenarten lassen erkennen, dass es sich um mehr handelt als um blosser Sicherung einer neutralen Grenze während eines Krieges.

Die nervöse Spannung, die über grossen Teilen des deutschen Volkes liegt und die weit mehr einer Kriegsangst als einer Kriegsbegeisterung gleicht, hat in den letzten Wochen manche Zunge gelöst. Bekannte und Freunde tauschten untereinander Mitteilungen aus, wann und wo sie sich im Falle der Mobilisierung einzufinden haben.

Dabei konnte festgestellt werden, dass in einer grossen Zahl der in den letzten Wochen und Monaten verschickten Kriegsbeordnungen (Mobilisationsbefehlen) nicht allein in Nordwestdeutschland (Bremen, Oldenburg), sondern auch an Dienstpflichtige in Osnabrück, Münster und Dortmund als Sammelplatz für den Kriegsfall Stammlager des Reichsarbeitsdienstes an der niederländischen Grenze angegeben sind. In einigen Fällen ist sogar eine weiter zurückliegende Kriegsbeordnung revidiert worden; d. h. früher namhaft gemachte Sammelstellen sind in solche an der niederländischen Grenze verändert worden. Diese letztgenannte Feststellung lässt auf strategische Umdispositionen schliessen. Soweit wir nachprüfen konnten, handelt es sich bei den in Frage kommenden Truppenformationen um Infanterie und Pioniere.

Diese Kriegsbeordnungen enthalten nicht allein den Sammelplatz und den Zeitpunkt des Antretens — meist wenige Stunden nach der Mobilisierung —, sondern ausserdem die Bestimmung, was mitzubringen ist. Mitglieder von Parteiformationen wie SS, SA, NSKK usw. haben ihren Tornister, Brotbeutel und Schlafdecke mitzubringen, Dinge, die ihnen von der Heeresverwaltung ersetzt werden. Die Kriegsbeordnungen enthalten ferner die Verpflichtung, über sie strengstes Stillschweigen zu bewahren. Lediglich der Betriebsführer darf unterrichtet werden, doch auch ihm gegenüber ist der Sammelplatz geheim zu halten.

Das deutsche Gebiet längs der niederländischen Grenze ist der Arbeitsgau 31. Er ist stärker als jeder andere Arbeitsdienstgau. Er verfügt über 12 Gruppen von je 14 Lagern, während die Durchschnittsstärke der Gauen sonst 6-8 Gruppen von je 7-8 Lager beträgt. Da jedes Lager mit rund 200 Mann belegt ist, kann die Stärke der Arbeitsdienstgruppen an der niederländischen Grenze mit

heute die Juden in Deutschland und Oesterreich.

Auf parteipolitischen Gebiete ist ein Anfang dazu längst gemacht. Wer im sudetendeutschen Gebiet nicht Mitglied der Heimleipartei ist, wird jetzt schon nicht als Deutscher angesehen. Die Nazipresse hat für die Nichtnationalsozialisten das Wort „deutschsprechende Marxisten“ erfunden.

Wie aber würde es mit den Sudetendeutschen gehen, die nachweisbar aus deutsch-tschechischen Mischchen stammen? Seit dem Bestehen der tschechoslovakischen Republik sind 60 000 Mischchen zwischen Deutschen und Tschechen geschlossen worden. Da Deutsche und Tschechen in Böhmen seit ungefähr 1000 Jahren nebeneinander wohnen, kann man sich vorstellen, welche Vermischung zwischen ihnen stattgefunden hat. Es gibt dafür einige Symptome. In Böhmen gibt es an deutschen Schulen ungefähr 900 sogenannte rein deutsche Lehrer, die rein tschechische Namen führen. Unter den sudetendeutschen Turnfahrern nach Breslau, die auf den Siegerlisten stehen, finden sich folgende Namen:

Stransky, Wladika, Wittatschil, Zidek, Hlawka, Ptacek, Puchta, Valasek, Stiasny, Rykal, Jantsch, Wondrak, Wosyka, Bulirsch, Tschumpel, Kricschek.

Wenn erst die Aufstellung von Stammbäumen nach deutschem Muster im sudetendeutschen Gebiet obligatorisch

Drohung gegen Holland

Deutsche Kriegsvorbereitungen an der holländischen Grenze

mehr als 30 000 Mann eingeschätzt werden. In der Regel überschreitet die eigentliche tägliche Arbeitszeit in diesen Lagern selten 3 1/2 Stunden. Alle andere Zeit ist dem Exerzieren und militärischen Bewegungsübungen vorbehalten. Dieser Dienst wird rubriziert unter „Ordnungsübungen“. Es ist kennzeichnend, dass in diesen Arbeitsdienstlagern die Waffendepots sich nicht allein auf Pistolen, Karabiner und Maschinengewehre erstrecken, sondern dass hier auch mit der kleinen Feldkanone 7,5 cm. geübt wird. Ermöglicht wird dies durch die weiten, dünnbesiedelten Räume, die eine viel geringere Gefahr der Aufdeckung bergen als das in anderen, dichtbevölkerten Arbeitsdienstgauen der Fall ist.

In jeder Arbeitsdienstgruppe trägt das Stammlager die Nummer 1, es ist identisch mit der Stammkompanie eines Regiments, die für den Nachschub zu sorgen hat. Diese Stammlager sind also jetzt als Sammelplätze für den Mobilisierungsfall bestimmt. Daraus lässt sich ableiten, dass man in der deutschen Heeresleitung die Ueberzeugung hat, dass sich für Aufgaben an der niederländischen Grenze gemischte Formationen — reguläre Truppen und Arbeitsdienst — einsetzen lassen, zumindest für Infanterie-Aufgaben. Für diese Auffassung spricht auch die Tatsache, dass in diesem Gebiet regelmässig mehrtägige Uebungen von Arbeitsdienstlern im Bataillonsverband stattfinden. Vor allem in der Grafschaft Bentheim, aber auch nördlicher sind diese Manöver beobachtet worden.

Diese Mitteilungen, deren Zuverlässigkeit ausser Zweifel steht, haben mehr als lokale Bedeutung. Diese Kriegsbeordnungen müssten ohne Sinn sein, wenn es sich lediglich um einen Grenzschutz an einer im Kriegsfall neutralen Grenze handeln würde. Bei dem Mangel an ausgebildeten Reserven kann sich das Reich eine solche Truppenverschwendung nicht gestatten, sondern würde sich für den Schutz der neutralen Grenze mit Parteiformationen oder Arbeitsdiensttruppen allein begnügen.

Dass man reguläre Truppen, noch dazu aus einem ziemlich breiten Raum, hier zusammenzieht, lässt für die Niederlande bedenkliche Rückschlüsse auf die strategischen Absichten der deutschen Heeresleitung zu.

Unwillkürlich erinnert man sich des mehrfach in der Presse behandelten Planes des Generals von Epp, den dieser als Leiter des wehrpolitischen Amtes der NSDAP. zusammen mit dem früheren Lehrer an der Kriegsakademie in München und jetzigem Reichsarbeitsdienstleiter, Generalmajor Hierl, entworfen hat. Dieser Plan erweitert den strategischen Aufmarsch im Westen dahin, dass die Flanke, die 1914 durch

Belgien ging, viel grösser gezogen wird, d. h. durch Holland greift und von hier aus dann in südlicher Richtung durch Belgien nach Frankreich zielt. Als im Jahre 1934 im Zusammenhang mit der Ermordung Röhm's auch das wehrpolitische Amt der NSDAP. aufgelöst wurde, ging dieser Plan in die Hände des deutschen Generalstabes über. Man hat ihn ohne viel Sympathie betrachtet. In einer Zeit, in welcher man noch voller Hoffnungen war, dass England sich an den deutschen Festlandsaktionen desinteressiert zeigen würde, verwarf man einen Plan, der offensichtlich auf den nachdrücklichsten Widerspruch Englands stossen musste. Inzwischen hat man sich in der deutschen Heeresleitung damit abgefunden, dass die deutschen Ziele im Osten nur gegen den Willen des Westens — und zwar einschliesslich Englands! — durchgesetzt werden können.

Dadurch ist die Eppsche Konzeption vom Steckenpferd eines eingefleischten Englandgegners zum ernsthaften Problem des deutschen Generalstabes geworden. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, wie die Bevölkerung die ja von den Vorgängen an der niederländischen Grenze nicht ganz im Unklaren bleibt, auf diese Arbeiten reagiert und sie sich erklärt. Immer wieder taucht als Erklärung für die deutschen Massnahmen in Gesprächen die Behauptung auf, zwischen England und den Niederlanden bestehe eine militärische Verabredung, nach welcher die Niederlande im Kriegsfall der englischen Armee freien Durchmarsch gewähren. Diese Auffassung reicht bis in amtlich geförderte deutsche Publikationen. In den kriegswirtschaftlichen Jahresberichten die von Dr. Major K. Hesse im Kriegsministerium mit Unterstützung amtlicher Stellen herausgegeben werden, heisst es in einer wehrwirtschaftlichen Beurteilung der Niederlande, dass einerlei ob ein solcher englisch-niederländischer Geheimvertrag nun in Wirklichkeit existiere oder nicht — die politische Politik der Niederlande so sein wird, als ob dieser Vertrag bestünde.

Wie man an den Massnahmen und ihren Begründungen ermassen kann, haben hier wirklich die unklaren Illusionen einer sehr realen Wirklichkeit Platz gemacht. Es sind, soweit es sich um militärische Vorbereitungen handelt, in den letzten Monaten im Norden und Nordwesten des Reiches noch eine ganze Anzahl strategischer Umdispositionen erfolgt, die erkennen lassen, dass man die englischen Erklärungen zugunsten Frankreichs und zugunsten des europäischen Ostens durchaus verstanden hat. Und wenn Berlin in seiner politischen Haltung dies weniger deutlich erkennen lässt — die Vorbereitungen des Generalstabes lassen keinen Zweifel daran, dass man die Hoffnung auf eine englische Neutralität preisgegeben hat.

würde und die Suche nach der tschechischen Grossmutter begänne, was würde dabei herauskommen?

Die Blödsinnigkeit des sudetendeutschen Nationalismus wird an der Hand solcher Betrachtungen sichtbar. Es geht dem Dritten Reich und seinem Henlein garnicht um das Deutschtum, sondern nur um die Förderung der Eroberungsziele des Dritten Reiches.

Krisenzeichen

Nach einem Berichte aus Deutschland ist am 24. August vor dem Volksgerichtshof in Berlin ein geheimer Prozess gegen eine Gruppe führender Deutschnationaler durchgeführt worden. Der langjährige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, die übrigen Angeklagten, darunter zwei führende deutschnationale Reichstagsabgeordnete, wurden ebenfalls zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Der im Luftfahrtministerium beschäftigte Major der Luftwaffe Baron von Forstner wurde vom Berliner Kriegsgericht wegen Versuchs einer Komplottbildung zu vier Jahren Zuchthaus, Degradierung, Ausschluss aus der Wehrmacht und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Baron von Forstner, der sich wäh-

rend des Weltkrieges hervorragend ausgezeichnet hatte, war von Wilhelm II. zum Hohenzollernorden dekoriert worden. In Berlin ist das Gerücht verbreitet, dass Hitlers persönlicher Adjutant Brückner sich in Haft befinde.

Rückgang der Arbeitsleistung

In ihrem letzten Wirtschaftsbericht stellt die Reichskredit-Gesellschaft fest, dass in Deutschland mindestens 50 000 Arbeiter fehlen, davon 85 000 in der Landwirtschaft. Dieses Defizit versucht man durch Umlagerung der Arbeitskräfte auszugleichen. Arbeiter werden umgeworben um aus Arbeitsstellen, die dem Regime weniger wichtig erscheinen, in kriegswichtigen versetzt zu werden. Diese Art, Lücken auszufüllen, die das wahnsinnige Tempo der Aufrüstung aufreißt, hat aber ihre Grenzen. Je mehr von der Verwendung mangelqualifizierter Arbeitskräfte Gebrauch gemacht wird, umso mehr muss die durchschnittliche Arbeitsleistung sinken. So beispielsweise der Einsatz neuer Arbeitskräfte im Bergbau dazu geführt, dass die Durchschnittsleistung je Mann und Schicht von 1733 Kilo im Februar 1936 auf 1570 Kilo im Februar 1938 zurückgegangen ist, also um 9 Prozent. Die Verwendung mangelqualifizierter Arbeitskräfte trägt allerdings nicht die Alleinschuld.

Nr. 1 Das und immer wohn Schul Seite im B längli mut so einp betrie schätz manch ewigen dem I Bierst Alle gensät der ei lettant refer. dem F liehke tritt, z Literat ist in Daher ihr ein wirkli tiker I zu ein sie zur Solche das Ve Jedo gilt, g mehr. von be missl dere. Z streben ben un deren gihl, is den St einer I Zustan nung, verschv Literat sich zu und Li Als e solchen grüssen Mann. Opre der Ze leicht trags, d res in ten hat nur lib Werk. Thon Lorbeer man ih rung v ein zu Wo an ten, schl schliess politisci Eine glänzen lich de doktort der Bot liess. Se der De in die hinauf. Stärktu

Wirtschaftsaspekt der deutschen Mobilmachung

Immer düsterere Aussichten für das System

In diesen Wochen, in denen die Entscheidung über Krieg oder Frieden fällt, treten alle anderen Fragen an Wichtigkeit und Interesse weit zurück. Trotzdem verdient die deutsche Wirtschaftslage gerade jetzt Beachtung, da sie zu den Faktoren gehört, die den schliesslichen Entschluss der Diktatur mitbeeinflussen kann.

Im April hatte Schacht eine Aenderung der bisherigen inflationistischen Finanzierung durchzusetzen versucht. An Stelle der Sonderwechsel, die bei der Reichsbank jederzeit in Geld umgewandelt werden konnten, also nur eine verschleierte Form der ständigen Ausdehnung des Notenkredits darstellten, sollten Reichsschatzanweisungen ausgegeben werden, die halbjährlich fällig sind; bei Verfall sollten sie aus Steuermitteln oder Anleihen eingelöst werden. Schacht suchte damit zweierlei zu erreichen. An Stelle der bisherigen Geheimhaltung der öffentlichen Schuld sollte von da an die Vermehrung einigermaßen erkennbar gemacht werden, da diese neuen Schatzanweisungen, die sogenannten Lieferungsanweisungen, im Finanzanweis erscheinen. (Allerdings bleibt es zweifelhaft, in welchem Umfang während einer in ihrer Dauer nicht erkennbaren „Übergangszeit“ die Fabrikation von Sonderwechseln daneben weiterbesteht.) Von dieser Publizität erwartete Schacht offenbar eine hemmende Wirkung auf die Ausgabefreudigkeit der Diktatur.

Zweitens bedeutete die halbjährliche Einlösungsverpflichtung, vorausgesetzt, dass sie eingehalten würde, eine indirekte Begrenzung der Ausgaben. Diese wären nur in einem Ausmass möglich, das durch die Steuererträge und die Aufnahmefähigkeit des Marktes für echte langfristige Anleihen begrenzt wird. Die künstliche und scheinbar unbegrenzte Schaffung von Kaufkraft durch die Notenbank sollte damit ihr Ende finden, um die offene und unbeherrschbare Inflation noch rechtzeitig zu stoppen.

Wir haben hier seinerzeit gesagt, dass dieser Plan Schachts scheitern werde. Denn nicht die technische Aenderung der Finanzierungsmethode sei das Wesentliche, sondern wirksam wäre nur eine Begrenzung und wesentliche Einschränkung der Ausgaben. Das sei aber der deutschen „Wehrwirtschaft“ unmöglich. Schachts Plan werde an dem politischen Willen der Diktatur scheitern, an ihrem Entschluss, die Vorbereitung zum neuen Weltkrieg ohne Rücksicht auf finanzielle Grenzen bis zum Äussersten zu treiben.

Die seitherige Entwicklung hat, so kurz die Zeit auch ist, unsere Voraussage voll bestätigt. Obwohl in diesem Jahr bereits fast 2 Milliarden „Konsolidierungsanleihen“ aufgenommen wurden, mussten in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres, April/Juni, bereits 1 1/4 Milliarden Rm. dieser Lieferungsanweisungen ausgegeben werden. Im Juli kam wieder 1/2 Milliarde neu hinzu. Aber gerade seit dieser Zeit sind die ausserordentlichen und in ihrem Ausmass nicht vorhergesehenen Ausgaben schwindend rasch gestiegen. Dazu gehören die Vermehrung und die sehr kostspielige Ausstattung der österreichischen Armee, der Bau strategischer Eisenbahnen und Strassen in der „Ostmark“ und vor allem die riesigen Kosten der neuen Befestigungen, der permanenten Mobilmachung und der noch verstärkten Rüstung. Statt Begrenzung also neue und gewaltige Mehrausgaben. Die Ausgabe der Schatzanweisungen muss unter diesen Umständen jetzt bereits die Milliardenengrenze überschritten haben und sich rasch in Milliarden nähern. Die von Schacht geforderte Einlösung wird sich als unmöglich erweisen. Für September war eine neue Konsolidierungsanleihe geplant, aus deren Ertrag ein Teil der Schatzanweisungen, die dann fällig werden, zurückgezahlt werden sollte; sie musste vertagt werden, der Kursrückgang an den deutschen Börsen hält an und es ist fraglich, ob im Oktober oder November eine neue Anleihe möglich sein wird; auch die Sparkassen, Versicherungsanstalten und Hypothekenbanken, die ohnedies mit Staatspapieren völlig gepfropft und in ihren eigentlichen Funktionen gelähmt sind, sind trotz des ausserordentlichen Zwangs immer weniger für Anleiheaufnahme fähig.

So ist Schachts Plan vollständig gescheitert. Statt Konsolidierung ergibt sich im besten Fall eine beschleunigte Vermehrung der schweren Schuld, immer rascher fortschreitende Inflation. Die Folgen bleiben nicht stumm darin überein, dass der Preisauftrieb immer schwieriger zu hemmen ist.

Schachts Absicht ist dem härteren politischen Willen der Diktatur erlegen. Noch im Juli dieses Jahres wurde in einem amtlichen Communiqué verkündet, dass in diesem Jahre keine grossen Wehrmachtserhöhungen abgehalten werden würden, und zwar erfolge diese Beschränkung mit

Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft, der man nur in grösseren Abständen eine so starke Belastung zumuten könne, die durch grosse Manöver der Wehrmacht zwangsläufig entstehe. Diese amtliche Mitteilung war das Ergebnis sehr erster Vorstellungen gewesen, die von führenden Kreisen der Wirtschaft und der Finanzen des Reiches bei Hitler anfangs Juli erfolgt waren, bei denen auf die äusserst angespannte wirtschaftliche Lage hingewiesen wurde, die mit dem besten Willen eine solche ausserordentlich schwere finanzielle Belastung nicht vertragen. Jetzt werden neue Milliarden aufgewandt, um die Kriegserpressung durchzuführen!

Aber die Kosten der Dauer-Mobilmachung erschöpfen sich ja nicht in dem unmittelbaren Finanzaufwand. Die Einberufung der Hunderttausende von Reservisten, der Bau- und sonstigen Arbeiter für die Befestigungen bedeutet eine recht erhebliche Störung des gesamten Produktionsprozesses, nicht nur der Produktion für den zivilen, sondern sogar für den militärischen Bedarf. Zugleich zeigen sich merkwürdige, bedenkliche Begleiterscheinungen. Ein amtliches Communiqué bestätigt die Meldungen von einer Stockung in der Versorgung

der Automobile mit Benzin-Benzolgemischen, die darin allerdings auf den — lebhaften Reiseverkehr zurückgeführt wird. Und dies trotz der Steigerung der deutschen synthetischen Benzinproduktion, der vermehrten Benzolerzeugung und der erhöhten Einfuhr! Treibstoffmangel schon bei der Mobilisierung und nicht erst auf dem Höhepunkt des Krieges — kein sehr ermuterndes Zeichen für die deutsche Kriegspartei!

Noch stärker und wichtiger ist der Eisenmangel. Er hat bereits zu einer Verlangsamung des Hitler so am Herzen liegenden Städtebaus geführt, zu einer Verschärfung der Baueisenkontingentierung und zu einer neuen Drosselung des Wohnungsbau. Kein Wunder, da der Verbrauch an Stahldraht allein für die neuen Befestigungen an der Westgrenze bereits den Verbrauch in Kriegszeiten übertrifft. Zugleich bestätigt sich eine wichtige Voraussetzung. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass der verstärkte Bedarf an Arbeitern für die Autarkieproduktionen den Mannschaftsbestand im Kriegsfall herabsetzen müsse. Jetzt zeigt es sich, dass schon eine Teilmobilisierung nicht möglich ist, ohne in den kriegswichtigen Industrien

erhebliche Störungen infolge der Einberufung eines Teils ihrer Arbeiter zu erzeugen.

Man sieht, die wirtschaftlichen Spannungen, die die Mobilisierung enthüllt und die sie selbst vergrössert, würden vernünftige Staatsmänner von dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer zurückschrecken lassen. Auf die deutsche Diktatur übt sie nur beschränkte Wirkung aus. Da gibt es die Spekulation auf den „Blitzkrieg“, der in kurzer Zeit vor Erschöpfung der Vorräte die Entscheidung bringen soll, da gibt es die Spekulation auf die rasche Eroberung der Rohstoffgebiete Mittel- und Südeuropas durch Deutschland und die Beherrschung der Erzgebiete Spaniens und Nordafrikas im Bunde mit Mussolini, um nur die nächstliegenden Ziele zu nennen. Ob gegen diese Spekulationen nüchterne wirtschaftliche Realitäten noch einiges Gewicht behalten werden, wird sich erst nach gefallener Entscheidung konstatieren lassen. Mit Brotkarte, Eisen- und Treibstoffmangel und Inflation in den Krieg zu gehen, entspricht schliesslich dem nationalsozialistischen Grundsatz, das deutsche Volk „gefährlich leben“ zu lassen.

Dr. Richard Kern.

Griff nach den letzten Reserven

Blutabzapfung an den deutschen Gemeinden

Ein französische Zeitung hat jüngst das fieberhafte Tempo der militärischen Kriegsvorbereitung Hitlers als gigantischen Bluff bezeichnet. Aber dieser Bluff verschlingt gigantische Mengen von Material und Geld. Um wenigstens einen Teil dieses Geldes ohne Anwendung inflatorischer Mittel aufzubringen, hat das Reich neustens eine „Finanzreform“ dekretiert, die die Einnahmen um eine Milliarde jährlich erhöhen soll. Davon werden etwa 400 Millionen dadurch beschafft, dass sie den Gemeinden fortgenommen werden. Die Biersteuer wird den Gemeinden entzogen und zu erhöhten Sätzen vom Reich erhoben. Die städtischen Betriebe müssen in Zukunft die Körperschaftsteuer wirklich bezahlen; sie wird ihnen nicht mehr, wie bisher, vom Reich zurückerstattet. Auch die Grundsteuer wird künftig vom Reich erhoben. Ihr Satz beträgt 5 Prozent, davon wird das Reich 3% erhalten und nur 2% den Gemeinden überlassen. Im ganzen soll dieser „Finanzausgleich“, der ein nackter Raub an den Finanzen der Gemeinden darstellt, diesen 5,5% ihrer Gesamteinnahmen und 9% ihrer Steuereinnahmen entziehen.

Die Biersteuer soll so erhöht werden, dass sie 170 Millionen einbringt. Da die Steuer nach der Menge des Bierauslasses gestaffelt ist, werden davon besonders die grossen Brauereien betroffen. Es wird ihnen wahrscheinlich erlaubt werden, diese Mehrbelastung wenigstens zum Teil durch Erhöhung der Bierpreise auf die Gastwirte abzuwälzen, denen es dann aber, damit dem Propagandaressort Göbbels keine Schwierigkeit erwachse, verboten wird, die Anschauungspreise heraufzusetzen. Die Zeitschrift „Der Wirtschaftsring“ (12. August 1938) sagt jetzt schon voraus, dass „in einer Reihe von Fällen die Uebernahme der Mehrbelastung durch die Brauereien oder Wirte kaum möglich sein dürfte“.

Bis 1934 waren die Kommunalbetriebe von der Körperschaftsteuer befreit. Die Bevorzugung der Kommunalbetriebe vor der Privatindustrie sollte beseitigt werden. Aber das Reich musste sich später dazu bequemen, den Kommunen die Körperschaftsteuerbeiträge zurückzuerstatten. Man hatte offenbar, als man den Kommunen diese beträchtliche Mehrbelastung auferlegte, damit gerechnet, dass sich mit der Verbesserung der Konjunktur auch ihre Einnahmen steigern würden. Es ist aber das Gegenteil eingetreten. Trotz steigender Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen sind ihre Einnahmen ständig zurückgegangen. Das geht einwandfrei aus einer Untersuchung hervor, die Dr. Karl Storck, Ministerialrat im Reichsinnenministerium, in der „Zeitschrift für öffentliche Wirtschaft“ veröffentlicht hat. Die Untersuchung geht nur bis 1936, weil die Zahlen für 1937 noch fehlen. Es ist aber anzunehmen, dass zwischen die Lage der Kommunalbetriebe sich eher weiter verschlechtert als verbessert hat. Danach waren in der Zeit von 1934 bis 1936 gesunken die Reineinnahmen der Elektrizitätswerke um 100 Millionen, der Gaswerke um 23 Millionen Mark. Eine noch gewaltigere Einnahmeschrumpfung zeigt ein Vergleich mit der Zeit vor Ausbruch des Dritten Reiches. Das Spitzenjahr der Einnahmen aus den kommunalen Versorgungsbetrieben ist 1930. Die Gegenüberstellung der Einnahmen von 1930 und

1936 ergibt folgendes Bild: Es betragen die Reineinnahmen in Millionen Mark:

	1930	1936
Elektrizitätswerke	375	178
Gaswerke	140	85

Das ergibt also einen Rückgang bei der Elektrizität um mehr als die Hälfte, beim Gas um 40%. Die gemeindlichen Verkehrsbetriebe, die nach Dr. Storck „bekanntlich heute vielfach notleidend sind“, erbrachten den Gemeinden 1928 eine Einnahme von 44 Millionen Mark 1936 erforderten sie einen Zuschuss von 46,9 Millionen Mark. Im Dritten Reich war also der Zuschuss grösser als in der Republik der Leberschuss. Seit 1928 waren die Einnahmen aus den Verkehrsbetrieben um fast 100 Millionen zurückgegangen. Das Dritte Reich hatte es fertiggebracht die Einnahmen aus den kommunalen Versorgungsbetrieben um etwa 60 Prozent sinken zu lassen.

Welche Ursachen hat diese Schrumpfung der Einnahmen? Zum Teil, wenn auch nur zum geringen Teil, kommt sie daher, dass man Gemeindebetriebe in selbständige, halbprivate Gesellschaften verwandelt hat, um sie mit dem finanziellen Rückhalt, den sie bis dahin bei den Gemeinden gehabt hatten, zugleich einer Vorzugsstellung gegenüber privaten Betrieben zu berauben. Verhängnisvoller ist die der Selbstverwaltungskontrolle entzogene Misswirtschaft der in die Kommunalverwaltung neu eingesetzten Nazigrössen und schliesslich auch die Senkung der Tarife, die den Gemeindebetrieben aufgezwungen worden war. In der Krisenzeit waren die Tarife vielfach durch Finanzzuschläge erhöht worden, die den Kommunen die Mittel zur Durchführung ihrer sozialen Aufgaben lieferten. Die sozialen Lasten der Gemeinden nahmen zwar mit der Arbeitslosigkeit ab, aber das brachte den Kommunen keine Ersparnis, denn zu gleicher Zeit wurden sie auch mit Steuereinnahmen knapp gehalten. Diese hatten sich 1928 auf 4,4 Milliarden belaufen 1936 betragen sie nur noch 3 950 Millionen.

Katastrophaler war noch, dass man über die Kommunen eine Kreditsperre verhängte. 1928 hatten die von den Gemeinden aufgenommenen Darlehen die Tilgungen um 2 207 Millionen überschritten, 1936 war um 536 Millionen mehr geliegt als geborgt worden. 1936 standen in deutschen Gemeinden um 2 750 Millionen Mark weniger fremde Mittel zur Verfügung als 1928. Das Reich hat mit seinen Steuereinnahmen und seiner Verschuldung den Stand von 1928 weit überschritten. Die Kommunen dagegen werden von den Geldquellen abgeschnitten, weil das Reich sie für die Vorbereitung des Krieges benötigt.

Wie haben sich die Kommunen bis jetzt vor dem finanziellen Zusammenbruch geschützt? Sie bauen die Wohlfahrtsausgaben ab und vernachlässigen die Erneuerung ihrer Betriebsmittel. Dabei fällt für das Reich noch die Ersparnis von Devisen für Fett und Getreide und die Ersparnis von Eisen und anderen Baustoffen ab. So wird um der Kriegsvorbereitung willen an der menschlichen und materiellen Substanz der Nation gezehrt.

Das Hitlerregime kann aber auf die schlechte Lage der Kommunalfinanzen keine Rücksicht nehmen. Die Wehrbereitschaft über alles! Die Wirkung des neuen

Finanzausgleichs auf die Gemeindefinanzen wird von den betroffenen Kommunalverwaltungen natürlich nur mit aller Vorsicht und ohne deutlich ausgesprochene Kritik an den Massnahmen der Regierung behandelt, aber immerhin muss die Öffentlichkeit auf das Kommende vorbereitet werden. Selbst in der durch die Furcht vor dem Zorn des Herrn gemilderten Form enthalten die Feststellungen kommunaler Finanzminister reichliches Material, um die katastrophale Wirkung des neuen Sturmgriffs auf die Gemeindefinanzen zu illustrieren.

Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 24. August erklärte Dr. Legge, Stadtkämmerer und Bürgermeister von Oberhausen in einer Sitzung der Ratsherren, dass der Ausgleich der Stadt 924 000 Mark entziehe, dass man hoffe, durch Ersparnisse auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege in diesem Jahre über diesen finanziellen Ausfall hinwegzukommen, dass er sich aber im nächsten Jahr auf rund eine Million Mark belaufen wird. Oberhausen ist eine Industriestadt des Ruhrgebiets mit überwiegend proletarischer Bevölkerung.

In der „Frankfurter Zeitung“ (17. August 1938) berichtet über die Wirkungen des „Finanzausgleichs“ der Frankfurter Stadtkämmerer Dr. Friedrich Lehmann. Nach ihm erleidet die Stadt Frankfurt durch den Finanzausgleich für dieses Jahr und die folgenden eine Einbusse von 7,75 Millionen. Er stellt die Frage, ob die Gemeinden diese Schrumpfung überwinden werden oder ob es bei der tatsächlichen Schrumpfung bleiben wird. Man dürfe „nicht vergessen, dass 7,75 Millionen für Frankfurt immerhin eine schwerwiegende Zahl darstellen“, denn „das ist mehr als das Aufkommen der ganzen Bürgersteuer“. Seit 1928 sei das Reinvermögen Frankfurts von 456 auf 322 Millionen Mark zusammengeschrumpft und die Verschuldung von 228 auf 251 Millionen gestiegen. Die Möglichkeit der Einnahmesteigerung sei auf „kleine Steuern“ beschränkt, und an eine Verbesserung der Betriebsergebnisse der städtischen Werke sei auch nicht zu denken. Frankfurts Kämmerer kommt zu dem Ergebnis, es sei zwar nicht ausgeschlossen, dass es möglich sein wird, die Einbusse des Finanzausgleichs 1938 wieder aufzuholen, aber man dürfe sich über das Zeitmass, in dem diese Erholung stattfinden würde, keiner Täuschung hingeben, und vor allem müsse man sich klar darüber sein, dass ein Vermögensverlust in dem Umfang, wie er 1936 und 1937 erfolgt ist, ausgeschlossen sei. Die wegfallenden 7,75 Millionen Einnahmen würden zwar im günstigsten Falle in der Haushaltsrechnung in einiger Zeit ausgeglichen werden können, in der Vermögensrechnung würde sich aber ihr Fehlen dauernd bemerkbar machen. Mit anderen Worten: Die Kommunen wurden bisher schon gezwungen, zugunsten des Reiches von ihrer Substanz zu zehren. Ohne Rücksicht darauf wird aber an ihnen eine weitere so kräftige Blutabzapfung vorgenommen, dass es ihnen in aller Zukunft unmöglich sein wird, zu verhindern, dass sich die Kommunen finanziell verbluten.

So werden die Reserven an Menschenkraft und Materialbestand rücksichtslos für einen „gigantischen Bluff“ geopfert, der vielleicht einmal in einen gigantischen Ernst umschlägt. G. A. F.

Berichte aus Deutschland

Die braune Schreckensherrschaft

Massenverhaftungen - Kein Privatleben mehr - Pogrome

Die deutschen Despoten erkennen instinktiv, dass sie wider alle Menschenrechte handeln und deshalb von der Mehrzahl ihrer Untertanen gehasst werden müssen. Der Ausdruck ihres schlechten Gewissens ist der Terror, der an allen Strassenecken selbst auf die unpolitischen Kleinbürger lauert und vor den harmlosesten Indifferenten nicht halt macht. Dass dieser Terror mit der Kriegsgefahr wachsen muss, ist selbstverständlich.

In den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Nr. 7, 1938) wird über das braune Netz, in dem das deutsche Volk gefangen sitzt, Interessantes ausgesagt. Ueber ganz Deutschland ist in den letzten Monaten eine Verhaftungswelle hinweggegangen, die den Kerkern der Gestapo viele Tausende von Opfern zuführte. Nirgends, nicht daheim und nicht auf der Arbeitsstelle, fühlen sich die Menschen vor den Schergen des Regimes sicher. In den Betrieben, so erzählt ein bayrischer Berichterstatter, geschieht es immer wieder, dass ein Arbeiter „unaufällig von seinem Platz weg in das Personalbüro gerufen und von dort durch Zivilbeamte abgeführt wird.“ Arbeitslose holt man in den frühen Morgenstunden aus der Wohnung und verschickt sie in ein Arbeitslager. In Weissenfels wurde „ein ganzer Skatklub von zwölf gutbürgerlichen Leuten“ in Schutzhaft genommen, weil angeblich an den Spielabenden politische Debatten geführt worden waren. Unter dem Vorwand „asoziale Elemente sicherzustellen“, verschleppt man ganze Kolonnen von *Missheligen* mit unbekanntem Ziel, alte Kämpfer sind darunter, Werkschlaroten, Mitglieder des Grenzschutzes, Arbeiter, die eine zugewiesene Zwangsarbeit nicht angetreten oder vorzeitig aufgegeben haben. „Besonders wurden die *Bibel*-forscher von den Verhaftungen betroffen“, schreibt ein Berichterstatter aus Mitteldeutschland, „in anderen Fällen wurde als Grund der Verhaftung das Abhören des Moskauer Senders angegeben, den man gegenwärtig offenbar für besonders gefährlich hält.“ Die Angehörigen der Häftlinge müssen sich oft länger als eine Woche bemühen, um auch nur den Aufenthaltsort zu erfahren.

Kein Privatleben mehr.

Die noch in Freiheit sind — man ist versucht zu sagen „zufällig“ — finden tausend Fallen auf ihrem Weg. Von jedem Wohnungswechsel wird die nationalsozialistische Partei des Ortes in Kenntnis gesetzt. So will es das vor einiger Zeit erlassene Meldegesezt. Unmöglich, sich der ständigen Ueberwachung zu entziehen. Alle männlichen deutschen Staatsangehörigen, die in das Wehrpflichtverhältnis eintreten, alle, die am kleinen Grenz- und am Ausflugsverkehr teilnehmen wollen, brauchen eine „*Kennkarte*“ — übrigens auch alle Juden. Sie müssen sich einem Personenfeststellungsverfahren unterziehen und Fingerabdrücke nehmen lassen. Fragebogen von allen möglichen Stellen werden in den Wohnungen abgegeben.

Wo Fragebogen nicht zulangen, helfen die Spitzel nach. Es wird berichtet:

„In Sachsen hat die Gestapo überall ihre Spitzel. Vorsicht und Misstrauen sind daher stark verbreitet. . . . Unter den Betriebsarbeitern in Schlesien weiss man, dass sich unter den Neugestellten viele Gestapospitzel befinden. . . . Die Vorgesetzten werden von den Betriebsleitungen angehalten, herumzuhören, welche Sendungen die Arbeiter abhören. Als sich Steiger der Delbrückschächte (Oberschlesien) dagegen wehrten unter dem Hinweis darauf, dass sie auf Leistungen zu achten hätten, nicht auf das Privatleben, wurde ihnen von der Werkleitung gesagt: „Das müssen Sie der Gestapo sagen, wir haben jedenfalls den Auftrag dazu.“

Wo die Spitzel nichts herausbekommen, findet vielleicht die Post einen Verdachtsgrund. Privatbriefe werden durchschnüffelt und spielen immer wieder in den Sondergerichtsprozessen eine Rolle. Reisende, die für kurze Frist aus dem Land der unbegrenzten Verhaftungsmöglichkeiten hinauswollen oder dahin zurückkehren müssen, werden nach jedem Fetzen Papier durchsucht.

„Die Grenzbeamten arbeiten engstens mit den Beamten der Gestapo zusammen. . . . Seit langem sind auch die Forstbeamten im Grenzgebiet in die Grenzbeobachtung eingereiht. Einige Förster haben direkte Verbindung mit der Gestapo und arbeiten in deren Auftrag. . . . Zwischen dem 3. und 7. Juli

wurden auf der Strecke Plauen—Dresden täglich in den Früh- und Abendzügen Itazzen auf Reisende gemacht. Es wurden einzelne Reisende herausgegriffen und ihre Papiere sowie das Gepäck geprüft. Insgesamt wurden in diesen Tagen 141 Personen in Haft genommen.“

Was in freien Ländern unvorstellbar ist, hier gehört es zum Bilde des Alltags: Jeder Durchschnittsbürger, der sich früh von den Seinen verabschiedet, um zur Arbeit zu fahren, muss damit rechnen, am Abend nicht heimzukehren, sondern sich in irgendeinem Gestapogefängnis wiederzufinden.

Der Rassenhass wüthet.

Neben den aktiven politischen Gegnern trifft die neue Terrorwelle am heftigsten die Juden. Möglich, dass mit dem Hinweis auf diesen „Feind“ die Propagandamaschinerie besser in Schwung gehalten und der wirtschaftliche Abstieg erklärt werden soll, möglich, dass die Einkünfte, die dem Reich aus der Beschlagnahme jüdischer Vermögen erwachsen, im Augenblick besonders dringend gebraucht werden, möglich, dass man sich vor dem Krieg der Juden entledigen will, um sich bei Kriegsausbruch die Kosten von 400 000 Verhaftungen oder Morden zu ersparen, aber zureichend sind alle diese Erklärungen nicht. „Man wird sich“, so die Deutschland-Berichte, „damit abfinden müssen, dass die Suche nach rein rationalen Beweggründen an eine Grenze stösst. Einige der Gesetze und Verfügungen können nur von einem wüthenden Rassenhass diktiert sein, der sich jeder vernünftigen Deutung entzieht. Die Sucht, ohne Unterlass auf Besiegte und Wehrlose einzuschlagen, eine Sucht, die der Nationalsozialismus übrigens nicht nur den Juden gegenüber an den Tag legt, ist für den objektiven Beobachter unfassbar. Es bleibt nichts anderes übrig, als ihr Vorhandensein festzustellen und ihre jeweiligen Wirkungen zu registrieren.“

Diese Wirkungen sind grauenhaft genug. Die Nationalsozialisten haben aus den österreichischen Erfahrungen den Schluss gezogen, dass ein rasches Vordringen der Judenverfolgungen dem System nicht schaden könne, dass die Entfesselung aller antisemitischen Instinkte in den Reihen der Anhängerschaft, die Duldung des offenen Pogroms weder wirtschaftliche Schwierigkeiten noch einen erheblichen Prestigeverlust in der Welt nach sich ziehe. Von dieser Vorstellung geleitet, bringt das Regime die Wiener Methoden rücksichtslos auch im alten Reich zur Anwendung.

Zunächst wird durch Gesetze und Verordnungen dafür gesorgt, dass kein Jude in Deutschland mehr seinen Beruf ausüben und so seinen Lebensunterhalt verdienen kann. Mit dem 30. September 1938 erlöschen die Bestellungen und Approbationen aller jüdischen Aerzte. Durch das „Gesetz zur Aenderung der Gewerbeordnung“ vom 6. Juli wurde den Juden auch der Betrieb folgender Gewerbe untersagt: Bewachungsgewerbe, gewerbsmässige Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten, Handel mit Grundstücken, Geschäfte gewerbsmässiger Vermittlungsagenten für Immobilienverträge und Darlehen sowie das Gewerbe der Haus- und Grundstücksverwalter, gewerbsmässige Heiratsvermittlung mit Ausnahme der Vermittlung von Ehen zwischen Juden oder zwischen Juden und jüdischen Mischlingen ersten Grades, Fremdenführergewerbe. Am ehesten war es bisher noch den jüdischen Handelsvertretern möglich, sich durchzuschlagen. Nun werden ihnen die Gewerbescheine entzogen. Zusammen mit den bereits früher erfolgten Ausstossungen aus den verschiedensten Berufen bedeuten

Vom Arbeitszwang

Aus Baden erfahren wir:

Die Arbeitsämter haben jetzt einen neuen Dreh gefunden, um die Arbeiter unter allen Umständen zu zwingen, in den bisherigen Betrieben zu bleiben. Fordert ein Arbeiter seine Entlassung und bleibt trotz Ermahnung darauf bestehen, so erhält er innerhalb vierundzwanzig Stunden die Aufforderung, sich am soundsovielten um soundsoviel Uhr morgens am Bahnhof zu melden, und kommt dann an die Westgrenze. Drei junge Leute, die ebenfalls ihren Arbeitsplatz wechseln wollten, versuchten es auf folgende Art. Sie verliessen

die Massnahmen praktisch ein generelles Verbot, irgendein Gewerbe auszuüben.

Gleichzeitig erfolgte die Registrierung der jüdischen Vermögen, die allgemein als eine Vorbereitung auf die Beschlagnahme angesehen wird. Unter dem Datum des 22. April hat Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan eine „Verordnung gegen die Unterstützung und Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe“ erlassen. Am 26. April 1938 trat die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ in Kraft. Am gleichen Tag erliess Göring eine Anordnung, die verschiedene Rechtsgeschäfte mit Juden genehmigungspflichtig machte. Der „Angriff“ schrieb in seinem Kommentar zu diesen Verordnungen:

„Wir können mit völliger Sicherheit annehmen, dass ein grosser Teil dieses Reichtums durch unsaubere Methoden erworben worden ist und der Kommissar für den Vierjahresplan deshalb angeordnet hat, dass das jüdische Kapital in den Dienst des Geschäftslebens und der Industrie des deutschen Volkes gestellt wird.“

Am 14. August hat die Reichsregierung allen deutschen Banken mitgeteilt, dass die Safes von Juden beschlagnahmt sind und in Zukunft nur geöffnet werden dürfen in Gegenwart eines SS-Beauftragten, eines verantwortlichen Vertreters der Bank und des Inhabers. Die jüdischen Kulturvereinigungen werden weiter ausgeraubt, um ihnen die Unterstützung ihrer in Not geratenen Mitglieder zu erschweren. Sie haben ihre Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts verloren und sind auf diese Weise zu weit höheren Steuerleistungen verpflichtet.

Das ist nur ein Bruchteil der in den „Deutschland-Berichten“ registrierten Willkürs. Darüber hinaus wird die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben noch durch Einzelmassnahmen von Gemeinden, Organisationen und Institutionen aller Art betrieben. Immer mehr Gewerbebetriebe melden ihre vollständige „Judenreinheit“. So wurde z. B. im März die letzte in den Händen eines Juden befindliche Schuhfabrik arisiert, die Firma Jacob Adolf in Pirmasens. An der Spitze des Betriebes steht jetzt der Vorsteher der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion, Fritz Reinhardt.

Die beraubten Juden werden als Zwangsarbeiter zu schwersten körperlichen Arbeiten herangezogen. Sie erhalten statt des Lohnes eine geringfügige Wohlfahrtsunterstützung. Aus Berlin wird berichtet:

Bisher sind viele Juden als Bauhilfskräfte z. B. bei den Hausabbrüchen, beschäftigt worden, wo für die Prunkbauten des Dritten Reiches Raum geschaffen wird. Ferner sind 800 Juden auf dem grossen Areal der früheren städtischen Gasanstalt in Schmergendorf an der Ringbahn zu Abbrucharbeiten herangezogen worden und auch weiterhin bei den Bodenarbeiten zur Schaffung einer NS-Muster-Sportkampfstätte. . . . Für alle diese Arbeiten werden keine Löhne gezahlt. Die dort beschäftigten jüdischen Kräfte sind zu täglich achtstündiger Arbeitsleistung verpflichtet, weil dadurch ihr Unterstützungsbezug „gerechtfertigt wird“. Wenn ein Jude die Arbeit einstellte, so müsste er verhungern. Dem körperlichen Ruin sind sie aber ohnehin ausgeliefert, denn bei der teilweise recht schweren Arbeit sind sie mit den Mitteln aus ihrer Unterstützung nicht in der Lage, die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen, die der schwerarbeitende Mensch zur Erhaltung seiner Arbeitskraft nötig hat.“

Auch die deutsche Rechtsprechung hat sich der herrschenden Auffassung, dass der Jude minderwertig und allein durch seine

Abstammung schuldig sei, mit der Zeit angepasst. Von dem anfänglichen Bestreben die Gleichheit vor dem Gesetz nicht zu zerstören zu lassen, ist kaum mehr zu spüren. In dem Masse, in dem jüdische Richter nachrücken, verschlechtert sich die Situation jüdischer Angeklagter. Die Situation solcher Arier, die des Vergehens mit Juden überführt sind.

Pogrome.

Ueber all den gesetzgeberischen, behördlichen, organisatorischen, polizeilichen und gerichtlichen Massnahmen wird antisemitische Massenpropaganda vernachlässigt. Der Erfolg sind offene Gewalttätigkeiten in allen Gegenden des Reiches. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte werden mit Beschimpfungen beschnitten, „Saujude“, „Juda verrecke!“ usw., die Käufer werden aufgeschrieien, photographiert und bedroht, manche Inhaber jüdischer Geschäfte werden auf die Strasse geschleudert und misshandelt, Fensterscheiben werden eingeschlagen, aus den Auslagen verschwinden bei den Tumulten mehr oder minder wertvolle Waren, junge Burschen dringen in jüdische Haushaltungen und fordern in jüdischen Heimen das arische Personal zum Verlassen der Arbeitsplätze auf, Gärtner auf jüdischen Friedhöfen lassen ihre Arbeit einstellen usw. Eine unlose Kette von Demütigungen, Misshandlungen, Drohungen. In einem Bericht aus Schlesien heisst es:

„Wie stark die Judenverfolgungen die Juden selbst gewirkt haben, geht allein aus der Tatsache hervor, dass Breslau während der Verhaftungswelle männliche Juden zu Hunderten auf den jüdischen Friedhöfen flüchteten und die Nächte hindurch hinter den Grabsteinen ihrer Angehörigen blieben, weil sie noch den einzigen Platz sahen, wo sie das Recht hatten, sich aufzuhalten. haben sich dabei erschütternde Strafen abgespielt.“

Die Polizei unterstützt den offenen Straßenterror, indem sie die Opfer ihres Drangsalierens in Berlin — aber auch anderswo — wurden Razzien in jüdischen und von Juden besuchten Lokalen durchgeführt, die viele hunderte grundlose Verhaftungen mit sich brachten. Manche willkürlich Festgenommenen kehren nach wenigen Tagen, manche nie nach Hause zurück. Oft geschieht es, dass der Familienvater ohne eine Erklärung die Urne des verstorbenen Angehörigen der Häftlinge zu machen die Angehörigen der Häftlinge einen Versuch, die Freilassung zu erwirken, so erklären sich manchmal alle Polizeibehörden und Parteinstanzen der Reihe nach für „unzuständig“, und die verzweifelt Frauen werden mit dem Bescheid wegschickt, man wisse nicht, wer die Verhaftung veranlasst habe, könne also nichts dagegen unternehmen.

Die unmenschliche Quälerei steigert sich von Woche zu Woche. Gleichzeitig wird die Auswanderung derart erschwert, dass die meisten Juden keine Möglichkeit sehen, ihren Peinigern zu entkommen. Die Schlimmstziffern gehen sprunghaft in die Höhe.

Obgleich das deutsche Volk in der Mehrheit den Pogromen noch heute zustimmend gegenüber steht — das geht deutlich aus dem Berichtsmaterial hervor — selbst die Gutwilligsten kaum eine Möglichkeit, den Opfern zu helfen. Sie selbst im braunen Netz gefangen, selbst Terror und der Rechtsunsicherheit preisgegeben.

Die Welt aber duldet es, dass immer mehr Länder — Oesterreich, Danzig, Norwegen — der Botmässigkeit jener hasserregten, minderwertigen Gewaltmenschen erliegen.

Die kleinen Geschäftsleute jammern, die die Geschäfte nicht mehr gehen, besonders die Wirtschaften.

Schweiz wehrt sich

Die Sammlung der Unterschriften von der Sozialdemokratischen Partei der Stadt für das Verbot ausländischer nationalsozialistischer Organisationen beim Kontrollbüro Basel-Stadt sind in der Unterschriften eingereicht worden. Die Unterschriftenzahl ist bisher noch bei 1000 geblieben. Die Initiative auf Baseler Boden erregt grosses Interesse.

Ein Manifest des Geistes

Thomas Mann über den künftigen Sieg der Demokratie

Das Verhältnis zwischen *Literatur* und *Politik* ist in Deutschland nicht immer das beste gewesen; wie gewöhnlich in solchen Fällen war die Schuld geteilt. Gab es auf der einen Seite ein ungeistiges Politikertum, das im Bewusstsein der eigenen Unzulänglichkeit mit gekünsteltem Hochmut auf das Schreibervolk herabsah, so machte sich auf der anderen Seite ein politisch dilettierender Literaturbetrieb breit, der zu einer geringwertigen Beurteilung in der Tat manchen Anlass bot. So gab es einen ewigen Froschmäusekrieg zwischen dem Literatencafé und der politischen Bierstube.

Allerdings liegen die Gründe der Gegensätze nicht nur im Banausentum der einen und dem betriebsamen Dilettantismus der anderen. Sie liegen tiefer. Die Politik ist, so wie sie aus dem Reich der Idee in das der Wirklichkeit und der Verwirklichung eintritt, zum Kompromiss gezwungen, die Literatur aber, die Kunst überhaupt, ist in ihrem Wesen *kompromisslos*. Daher fordert der Künstler auch von ihr eine Kompromisslosigkeit, die sie wirklichkeitsfremd macht — der Politiker hinwiederum möchte die Kunst zu einem Kompromiss zwingen, das sie zum Tendenzhandwerk erniedrigt. Solche innere Gegensätzlichkeit macht das Verstehen schwer.

Jedoch, was für gewöhnliche Zeiten gilt, gilt für ungewöhnliche nicht mehr. Für den deutschen Politiker von heute kann es nur eine kompromisslose Politik geben und keine andere. Zwischen zwei einander widerstrebenden Prinzipien geht es um Leben und Tod: die Seite, die der anderen auch nur das geringste nachgibt, ist schon verloren. Es geht um den Sturz eines Systems und den Sieg einer Idee. Die Zeit nähert sich einem Zustand revolutionärer Hochspannung, der eingeleitete Gegensätze verschwinden lässt. Kunst und Politik, Literatur und Politik verschmelzen sich zu einer einzigen Masse von *Glut* und *Licht*.

Als eine Erscheinung, die aus einem solchen Prozess hell hervortritt, begrüssen wir den Dichter *Thomas Mann*. Soeben veröffentlicht er bei Oprecht-Zürich als Sonderdruck aus der Zeitschrift „*Mass und Wert*“ den leicht erweiterten Text eines Vortrags, den er im Frühjahr dieses Jahres in amerikanischen Städten gehalten hat. Dieser Vortrag ist nicht mehr nur literarische Leistung, er ist *das Werk eines politischen Führers*.

Thomas Mann hat nach solchen Lorbeeren nicht gestrebt. Eher könnte man ihm eine allzustarke Distanzierung von der Politik vorwerfen als ein zu betriebsames Heranmachen. Wo andere laut und aufgeregt redeten, schwieg er, wenn er aber dann schliesslich doch sprach, war es eine *politische Tat*.

Eine politische Tat war schon die glänzende Abfertigung, die er anlässlich der Aberkennung seines Ehrendokortitels den gelehrten Zöpfen an der Bonner Universität zuteil werden liess. Seine Rede „*Vom künftigen Sieg der Demokratie*“ greift noch weiter in die Tiefe und reicht noch höher hinauf. Sie gehört zum Klarsten und Stärksten, das bisher im Kampf ge-

gen die Barbarei des Dritten Reichs gesagt worden ist.

Für Thomas Mann ist die Demokratie zeitlos-menschlich, Faschismus eine bloss Zeitererscheinung. Mit einer begrifflichen Bestimmung der Demokratie, die sich an das bloss Technische hält, will er sich nicht begnügen:

„Es ist ungenügend, das demokratische Prinzip als Prinzip der Majorität zu bestimmen und Demokratie wörtlich, allzu wörtlich, mit „*Volksherrschaft*“ zu übersetzen, einem zweideutigen Wort, das auch *Pöbelherrschaft* bedeuten kann — und das ist vielmehr die Definition des Faschismus. Es ist selbst unzulänglich — so richtig es sei —, die demokratische Idee auf die Friedensidee zurückzuführen und zu erklären, das Recht des freien Volkes, über sein Schicksal selbst zu entscheiden, schliesse auch die Achtung vor den Rechten fremder Völker ein und sei die beste Gewähr für die Entstehung einer Völkergemeinschaft und für den Frieden. Man muss höher greifen und auf Ganze gehen. Man muss die Demokratie als diejenige Staats- und Gesellschaftsform bestimmen, welche vor jeder andern inspiriert ist von dem Gefühl und Bewusstsein der Würde des Menschen.“

Der Faschismus kennt den Begriff der Menschenwürde nicht, er huldigt einer bodenlosen Menschenverachtung. Die Faschisten, die „aus der Nation ein gedankenloses Kriegsdynamo machen wollen“, sind selbstverständlich Menschenverächter. Freilich gebärden sie sich als Wiederhersteller der Ehre, aber

„In Wirklichkeit praktizieren sie eine wahrhaft groteske Menschenverachtung — grotesk durch ihr Subjekt, grotesk durch den Gedanken, wer hier verachtet: es sind die Verächtlichsten. Ich lasse mir die Verachtung gefallen, die aus Höhe kommt, die grosse, dem Menschenmass entwachsene Persönlichkeit, welche verachtet. Aber vergebens fragt man sich, wie die totale Erbärmlichkeit, die moralische und geistige Misere eigentlich dazu kommt, zu verachten. Es ist denn auch eine Sorte von Verachtung, die den Menschen erst aus allen Kräften erniedrigen und verderben muss, damit er recht zu ihrem Objekt taugt.“

Demokratie steht nicht im Gegensatz zur wahren Aristokratie, der Aristokratie des Geistes, sondern beide gehören zusammen. „Der Demokrat Benesch, der Demokrat Roosevelt, der Demokrat Léon Blum sind als persönlich-menschliche wie als staatsmännische Typen bestimmt aristokratischer als der Typus Hitler oder Mussolini.“

Zwei Forderungen stellt Thomas Mann an die Demokratie: sie muss *wahrhaft*, und sie muss *sozial* werden.

„Nicht eine Humanität der Schwäche und der selbstbezweifelnden Duldsamkeit ist es, die heute der Freiheit not tut — damit nimmt sie sich erbärmlich und gottverlassen aus angesichts eines Gewaltglaubens, der von keines Gedankens Blässe im mindesten angekränkelt ist. Was not tut, ist eine Humanität des Willens und der kämpferischen Entschlossenheit zur Selbsterhaltung. Die Freiheit muss ihre Männlichkeit ent-

decken, sie muss lernen, im Harnisch zu gehen und sich gegen ihre Todfeinde zu wehren, muss endlich, nach bittersten Erfahrungen, begreifen, dass sie mit einem Pazifismus, der eingesteht, den Krieg um keinen Preis zu wollen, den Krieg herbeiführt, statt ihn zu bannen.“

Mit nicht geringerer Beredsamkeit fordert Thomas Mann — nach einer fürchterlichen Abrechnung mit dem „*verhunzten Sozialismus*“ Hitlers die soziale Demokratie:

„Das Neue in der Welt ist das, was die politische Jugend Frankreichs den „*ökonomischen Humanismus*“ nennt. „Das Neue in der Welt“, so hat der Belgier Vandervelde dem Herrn des Palazzo Venezia kürzlich geantwortet, als er wieder einmal prophezeit hatte, Europa werde morgen faschistisch sein, „das eigentlich und wirklich Neue in der Welt ist die soziale Demokratie“.

Thomas Mann sagt nichts, was uns Sozialdemokraten fremd und neu wäre. Aber er sagt das zeitlos Wahre in neuer glänzender Form und mit einer Kraft, die aus der tiefsten Ueberzeugung geboren ist. Wir freuen uns, dass die Not der Zeit uns zum grossen Dichter Thomas Mann auch den politischen Denker geschenkt hat, den Kämpfer für eine wahrhaft neue demokratische und sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung.

Dafür, dass seine Stimme auch in Deutschland gehört wird, werden wir mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, sorgen. Wir verhehlen nicht, dass sie im Verhältnis zur Grösse der Aufgabe gering sind. Diese Rede müsste von grossen Sendestationen nach Deutschland gesendet und gedruckt in Massen verbreitet werden. Auch dies gehört zum Thema „*Wehrhaftmachung der Demokratie*“.

Da bleibt noch viel zu tun übrig. Thomas Mann hat das Seine getan. Er hat sein Bestes gegeben. Das deutsche Volk wird ihm einmal noch dafür Dank wissen.

F. St.

Das Vorbild Hess instruiert seine Auslandsagenten

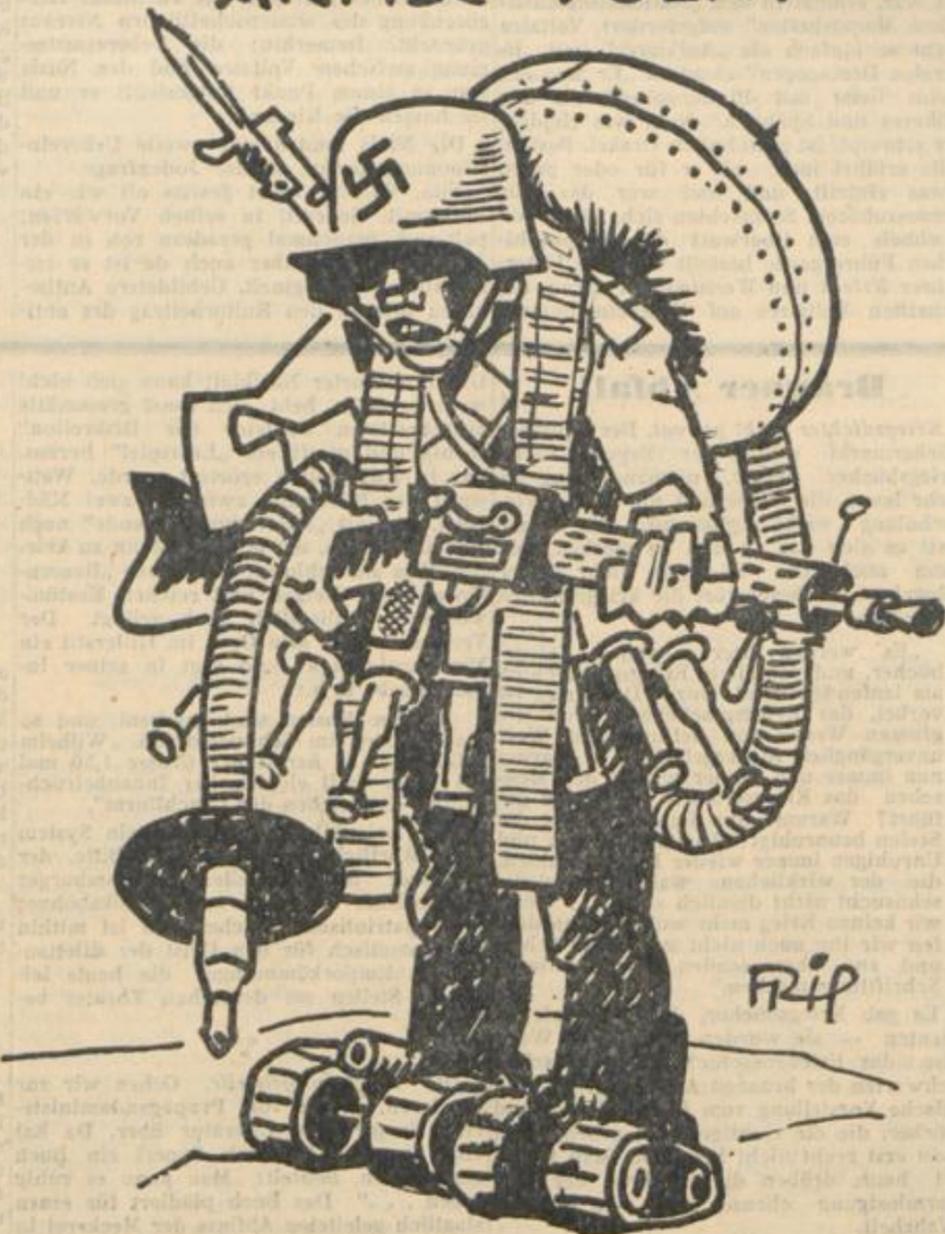
In England, in der Schweiz, in Ungarn, in Rumänien, in Holland und Skandinavien, in den östlichen Randstaaten, in Süd- und Nordamerika, in fremden Kolonien — überall sind Naziorganisationen aufgedeckt worden, die nachgewiesenermassen faschistische, antidemokratische Unterhöhlungs- und Zersetzungsarbeit zu leisten haben. Entrüstet hat des Führers Stellvertreter diese Tatsachen auf der Stuttgarter Tagung der Auslandsdeutschen ins Reich der Fabel verwiesen:

„Euer Deutschtum und euer Nationalsozialismus das ist euer eigenste Angelegenheit. Ihr betreibt keine „*Pénétration pacifique*“, ihr denkt gar nicht daran, die Gastvölker mit dem Nationalsozialismus „*friedlich zu durchdringen*“. Wir und unsere Auslandsdeutschen drängen uns nicht in die Verhältnisse anderer Länder. Wir müssen freilich aber auch erwarten, dass sich andere Länder nicht in unsere Angelegenheiten zu mischen suchen ...“

Das Dritte Reich will Frieden, aber die böse Auslandspresse bringt falsche Berichte über das Dritte Reich, nennt es eine Diktatur, während es die „*demokratischsten Taten*“ vollbringt. Zum Beispiel die Befreiung der Oesterreicher per Volksabstimmung:

„Nicht die Demokratien, nicht die Länder mit den feierlichen Versprechungen des Selbstbestimmungsrechts: wir, die „*Diktatur*“, wir, das Land mit dem „*autoritären Regime*“, wir haben eines freien Volkes Willen zum Gesetz erhoben, wir haben damit die demokratischste Tat vollbracht.“
Niederschlagung der Presse, Konzentrationslager für die leiseste kritische Regung, masslose Verleumdung eines Gegners, der sich nicht rühren darf, Terror bis in

ARMES VOLK!



BEWAFFNET BIS AN DIE ZÄHNE,
DIE NICHTS ZU BEISSEN HABEN.

die Wahlzelle, schamlose Fälschung der Wahlresultate: „die demokratischste Tat...“ Ja, das liberale Ausland muss jetzt sogar die Rezepte der Hitlerpartei nachahmen:

„Wer wollte bestreiten, dass in manchen Ländern sogar dies und jenes in die Tat umgesetzt wird, was bisher den autoritären Staaten vorbehalten schien. Sehen wir nicht mit einigem Staunen, dass unsere so verpönte staatliche Bedarfs- und Produktionslenkung da und dort auftaucht? Sehen wir nicht mit begreiflicher Verwunderung, dass sich in manchen Ländern neuerdings die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auffallend decken mit den in fünf Jahren bewährten deutschen Massnahmen? Ja, es kommt vor, dass ein fremder Politiker unter leidenschaftlichen Anklagen gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus soziale Ideen vertritt und Forderungen erhebt, die wir in fast ganz gleicher Form schon einmal, nur etwas klarer, knapper und begreiflicher, gelesen haben, und zwar gelesen haben in Adolf Hitlers „Mein Kampf“.

Vom Aushängeschild bis zur Melodie der Staatshymne hat sich dieses System alles aus fremden Gärten gestohlen. Alles hat es aus zweiter oder dritter Hand übernommen und braun vermanscht. Nur die Abfallsammlung, der Finanzbankrott, der Ruin der deutschen Mark, das graue Kleiebrod, die Unterernährung, Kanonen statt Butter, Waltran statt Fett, die Vernichtung des Exports und der Rohstoffvorräte, leere Speicher und volle Konzentrationslager — das ist heute made in Germany, das ist der Effekt von fünf Jahren Hitlerwirtschaft. Das Ausland aber ahmt das alles nur nach... Das wird dem deutschen Volk vorgeschwatzt und mit solchen Direktiven, mit solchem Material werden Hitlers Auslandsagenten auf die Welt losgelassen.

Väterchen Unternehmer

Der „Beauftragte für den Leistungskampf der deutschen Betriebe“, Dr. Hupfauer, hat einen Aufruf an alle Betriebsführer erlassen, in dem er die Herren auffordert, „gegen die alte Gewohnheit des Brot- und Essenmitbringens in den Betrieben aufklärend zu wirken“ und in den Kantinen eine „Ernährung nach neuzeitlichen Gesichtspunkten (Verbrauchslenkung)“ durchzuführen. Aber die kriegswichtige Ueberwachung des täglichen Eintopfs genügt dem „Beauftragten“ nicht. Er empfiehlt eine weitere Beobachtung der Volksgenossen:

„Nicht immer sind rein betriebliche Umstände störender Faktor der Schaffensfreudigkeit, oft sind Ursache der Minderleistung unverschuldete häusliche Verhältnisse. Ein verantwortungsbewusster und kluger Betriebsführer ist auch in familiären und häuslichen Angelegenheiten bester Helfer durch Rat und Tat.“

Vor allem natürlich durch Rat. Denn zu den Taten würde die Angleichung der Löhne an die erheblich gestiegenen Preise gehören, und die darf der Unternehmer nicht vornehmen, selbst wenn er will. Dagegen werden die Arbeiter für weitere Einmischungen in den letzten Rest ihres Privatlebens ausserordentlich dankbar sein.

Warum nicht?

Bis zum 1. Dezember 1938 müssen alle deutschen Juden und Jüdinnen, die es nicht vorziehen, jetzt schon einen ihrer Vornamen gegen einen alttestamentarischen umzutauschen, dem Standesamt ihres Geburtsortes, ihrer Verhehlung und der Polizeibehörde ihres Wohnortes anzeigen, dass sie künftig den Namen Israel oder Sarah zusätzlich führen werden.

Sarah, Isaak — warum nicht?
Mendel, Abel, Hirsch — warum?
Eh sich's in der Welt herumspricht,
ist ein Menschenalter um.

Wenn die Zeiten sich erneuen
und die Arier, die wir kennen,
ein zerstörtes Volk verlassen,
wird sich niemand davor scheuen,
selne Kinder so zu nennen,
wie dereinst die Juden hieszen.

Wenn erst einer von den Grossen
wie schon mal im deutschen Lande
als Herr Ephraim gestorben,
wird sich keiner daran stossen,
dass den Namen einst zur Schande
kleiner Leute Hass verdorben.

Aber wer von allen Spättern,
die dem Menschen Achtung zollen
und das Schild der Freiheit tragen,
wer von allen Müttern, Vätern
wird den Sohn, den hoffnungsvollen,
Adolf zu benennen wagen?

Sarah, Isaak — warum nicht?
Adolf, Julius — Warum?
Eh sich's in der Welt herumspricht,
sind die tausend Jahre um.

Die Nazis bürgern ein

Intellektsbestie Voltaire als Nationalsozialist

Bisher waren die Nazis sehr schlecht auf Voltaire zu sprechen. Unter den Intellektsbestien galt er als einer der bestialishten. Sein Renkontre mit Friedrich II. haben sie ihm nicht verziehen, und was er sonst über Preussen und den preussischen Geisteszuschmitt sagt, dürfen sie ihm nicht verzeihen, weil vieles gerade so wie ein Pamphlet über das Dritte Reich aussieht:

„Man heuchelt dort Gründlichkeit und Tiefe und arbeitet vor allem immer auf den Schein hinaus. Halbgebildete und Ignoranten führen dort das grosse Wort und tun sehr gelehrt. Es passiert aber auch, dass sie über Geist und Wissen missachtend reden und dann erscheinen sie ehrlicher... Sie sprechen immerzu von Furchtlosigkeit und kein Mensch auf der Welt hat vor so vielem so viel Angst wie ein echter Preusse. Als Untertanen fürchten sie die Beamten, die Polizei besonders. Niedere Beamte fürchten die höheren, alle ersterben in Knechtseligkeit vor den Fürsten. Der Schüler fürchtet den Lehrer, der Soldat den Vorgesetzten, der wieder seinen Vorgesetzten, und alle fürchten den Stock. Etwas zu sagen haben, ist allgemeiner Wunsch. Respekt nennen sie das und es ist pure Angst. Sie sind Virtuosen der Devotion und der Heuchelei.“

Wer solche Aeusserungen ohne Kenntnis ihrer Herkunft liest, könnte glauben, dass hier Hitler und die Hitlergarde mit Rückversetzung in monarchistische Zeiten porträtiert werden. Und Voltaires Geist? Der passt schon gar nicht zu den Nazis. Der Autoritätsverächter harmoniert schlecht mit den Anbetern der Autorität, wenigstens jener Autorität, die mit brutalen Mitteln Gefolgschaft erzwingt. Der Kulturkritiker, der Tyrannen zur Guillotine hingespottet hat, und für Unschuldige kämpfte, könnte die Nazis höchst unbehaglich machen, wie sehr seinesgleichen den Deutschen von heute fehlt. Der Rationalist ohne Pedanterie, der Satiriker mit den tausend karikierenden Einfällen, einer respektloser als der andere gegenüber der Amtsgewalt, müsste alle diese Geist- und Witzlosen abtossen, die so gross und mächtig tun, und die sich immer, ihr Hitler voran, echt parvenümässig fürchten, dass sie dort nicht ernst genommen werden. Jawohl, Voltaire, die Intellektsbestie.

So war es beim Anbruch des Dritten Reiches. Nun hat man, unter Nazibrüdern, einen anderen Kurs eingeschlagen. Heidegger hat, als er noch eifriger Nationalsozialist war, einmal in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ aufgefördert, Voltaire nicht so einfach als „Aufklärer“ und „liberalen Demagogen“ abzutun. „Er war ein freier Geist mit Bindungsbedürfnis für Höheres und Späteres.“ Nun, was Heidegger schreibt, ist gewöhnlich Orakel. Bestenfalls erfährt man, ob er für oder gegen etwas eintritt, und hier war das Für herauszuhören. So machten sich, da er von Goebbels zum Oberwart der philosophischen Führergarde bestellt war, die Unterführer Krieck und Werninghaus daran, die Schriften Voltaires auf Uebereinstimmung mit dem nationalsozialistischen Programm zu untersuchen.

gen mit dem nationalsozialistischen Programm zu untersuchen.

Sie fanden zwei Punkte, sozusagen zwei harmonisierende Reiben.

Voltaire war fanatischer Kirchenfeind. Er hasste die Priester aller Bekenntnisse, die katholischen obenan. Darin war er also ihr Mann. Schliesslich sagt Voltaire dasselbe, was Rosenberg immerzu von den „Medizinmännern“ sagt. Sie seien abergläubisch, zänkisch, herrschsüchtig, verlogen und materialistisch durch und durch. Voltaire hatte sich bei dieser Einschätzung auf Montaigne, Campanella, Giordano Bruno berufen, also auf Persönlichkeiten, die Jahrhunderte vorher gelebt hatten. Damit begründeten die Nazis ihren Vorwurf, die katholische Kirche ändere sich nicht, deren Priester müssten zänkisch, intrigant, herrschsüchtig etc. sein und bleiben.

Werninghaus passierte dabei noch ein Malheur. Er, der Professor der Philosophie, kannte sich in den philosophischen Grundbegriffen nicht aus. Er verwechselte Deismus mit Atheismus und verfehlte ihren Unterschied mit dem Theismus. Er hielt Voltaire für einen Atheisten, weil dieser nicht glauben wollte, dass die Welt mit so viel Unglück und Schlechtigkeit von einem weisen und gütigen Schöpfer regiert werde. Die Beziehung Atheist für Voltaire findet sich einige Male in der Broschüre von Werninghaus über „Voltaire und wir Nationalsozialisten“. Ein Gymnasialabsolvent könnte den Herrn Professor über den Sachverhalt aufklären. Deismus ist die Anschauung, die Gott für den Schöpfer der Welt ausgibt, im Unterschied zum Theismus aber leugnet, dass Gott auch die Weltleitung ausübe. Voltaire war dieser Deist, weil er nach der Erdbebenkatastrophe von Lissabon nicht mehr an die göttliche Weltleitung glauben wollte. Darum vertrat er noch lange nicht den Atheismus, der überhaupt die Gottexistenz negiert. Niemals ist ihm das eingefallen; er hat Atheisten vom Schlage Lamettries sogar heftig bekämpft. So der Gymnasialabsolvent, der Fachvertreter auf dem Lehrstuhl einer Universität, das ist heute etwas anderes. Vielfach ohne Fachausbildung werden sie von Gnaden der Partei Professoren. Ist die Karriere auf diese Approbation hin gemacht, so hat niemand nach Vorbildung und Leistung zu fragen. Planck hat einmal glatt herausgesagt, man werde noch Leute zu Professoren der Physik ernennen, die den Unterschied von Molekül und Atom nicht kennen. In der Philosophie — siehe Fall Werninghaus — hat man es glücklich bis zu dieser Herabsenkung des wissenschaftlichen Niveaus gebracht. Immerhin: die Uebereinstimmung zwischen Voltaire und den Nazis war in einem Punkt festgestellt: er und sie hassten die Kirche.

Die Nazis fanden eine zweite Uebereinstimmung heraus. In der Judenfrage.

Nun, Voltaire redet gewiss oft wie ein Antisemit. Generell in seinen Vorwürfen; polternd, manchmal geradezu roh in der Ausdrucksweise. Aber auch da ist er immerhin noch originell. Gebildete Antisemiten pflegen den Kulturbeitrag des anti-

ken Judentums anzuerkennen, um desto greller die Dekadenz der jüdischen Zeitgenossen davon abzuleben. Voltaire verfährt umgekehrt. Der Fluch liegt für ihn Jahrtausende zurück. Der Monotheismus, mit der Annahme verbunden, dass Gott sich mit allen Dingen dieser Welt zu schaffen mache, am meisten mit den Angelegenheiten der Juden, dieser Monotheismus sei die Missetat, die die „Kinder Israels“ auf sich geladen hätten. Dadurch hätten sie das Christentum mit seiner Kirche und seinen herrschsüchtigen Priestern verschuldet. — Charaktermissbildungen wirft Voltaire den jüdischen Zeitgenossen auch vor, aber viel seltener. Und hier, bei der Erörterung des sozialen Problems, durchbricht sein heroischer Gerechtigkeitssinn manchmal die zeitbedingten Vorurteile. „Bisher haben die christlichen Völker die Juden eher geliebt, Menschen mit Menschenwürde zu werden. Sie sollten diese Schuld gutmachen und die Juden auf ihrem Staatsgebiet wie Menschen behandeln.“ Kein Zweifel, Voltaire würde, wenn er noch zwei Jahrzehnte länger gelebt hätte, die Emanzipationstaktik der französischen Revolution als Segen begrüsst haben.

Bei der Abhandlung des Themas Voltaire zur Judenfrage haben die Nazis nach alter Propagandamethode weggelassen, was zum Programm nicht passte und sinnentstellend hinzugefügt, was sie für ihr Programm brauchten. Voltaire, der den Begriff Rasse im ethnologischen Sinne noch gar nicht kennt, erscheint bei Krieck und Werninghaus auf einmal als Rassenantisemit. Ihre Anbiederung an Voltaire, die ehemalige Intellektsbestie, hat natürlich ihren Grund. Die Nazis sind froh, sich auf Gewährsmänner von kulturhistorischem Format berufen zu können. Damit steht es schlecht. Darum fälschen sie solange in den Werken der anderen herum, bis selbst Todfeinde als Vorkämpfer legitimiert werden können. Zuerst musste Goethe daran glauben. Dann kam Hegel heran, dann Fichte. Geradezu frech verfuhr Bäumler mit Nietzsche, derselbe Ehrenmann Bäumler, der 1929 noch den „guten Europäer“ Nietzsche gefeiert hatte. Nun hat Voltaire daran glauben müssen. Die Einbürgerungsliste der Nazis ist grotesk.

Bruno Allmann.

Der Hirtenbrief von Fulda

Am vergangenen Sonntag ist in den katholischen Kirchen in Deutschland der Hirtenbrief der Bischofskonferenz in Fulda verlesen worden. Er fordert, dass dem Kampf gegen das Christentum ein Ende gemacht werde, protestiert gegen die Ausweisung des Bischofs Sproll und verurteilt Angriffe auf den Papst. Mit deutlichem Hinweis darauf, dass das Dritte Reich nicht ewig dauern werde, heisst es in dem Hirtenbrief:

„Eine heiterere, der Wahrheit und Gerechtigkeit zugänglichere deutsche Zukunft wird feststellen, dass alle Massnahmen und Kundgebungen des Papstes von der Absicht diktiert werden, die deutschen Katholiken im Glauben zu erhalten.“

Das Frankfurter Naziblatt kann sich nicht mehr bremsen, hebt „den sonst grossmütig ausgebreiteten Schleier der Diskretion“ zornig und greift ein „Lustspiel“ heraus, das in KdF-Stellen erörtert wurde. Weltstreit des Edelmuten zwischen zwei Mädchen, die mit „Kraft durch Freude“ nach Madeira fahren, um je einen Mann zu kriegen. Was am Schlusse, nicht ohne „Bauernlänze, bunte Reigen und reichen Kostümwechsel“, schliesslich auch gelingt. Der Verfasser nennt sein Opus im Hitlerstil ein Monumentalwerk und sagt in seiner Inhaltsangabe u. a.:

„Keine Kosten sind gescheut, und so zeigt sich im Schlussakt MS. „Wilhelm Gustloff“ in heroischer Grösse 1,50 mal 1 Meter mit elektrischer Innenbeleuchtung, desgleichen der Leuchtturm.“

Ein Laienkitsch, für den kein System verantwortlich zu machen ist? Bitte, der Verfasser ist Spielleiter der Hamburger Volksbühne, einer braunen Volksbühne; sein patriotischer Schmarren ist mithin symptomatisch für den Geist der dilettantischen Emporkömmlinge, die heute leitende Stellen am deutschen Theater bekleiden.

Die Reichsnörgelstelle. Gehen wir zur ernsteren, zu der vom Propagandaministerium inspirierten Literatur über. Da hat einer namens Heinrich Spoerl ein Buch geschrieben, betitelt: „Man kann es ruhig sagen...“ Das Buch plädiert für einen staatlich geleiteten Abfluss der Meckerei in eine Reichsnörgelstelle. Hier ein Stück der Begründung:

„Die Oeffentlichkeit ist kein Schutz-Ablandeplatz. Soll die Nörgerei sich verstecken. Sie sollte vielleicht, aber sie tut

es nicht. Sie macht sich auf den Bierbänken breit, gibt verbotenen Flüsterstößen oder sucht sich gewaltsamen Ausweg ins Freie, wischt über die Grenze und verdrängt sich in der Emigrantenpresse zu Schauerballaden. Wie wäre es, wenn man eine legitime Stelle schuf, eine Art „Reichsnörgelstelle“? Jeder, der durchaus meckern muss, schreibt sich seinen Kummer vom Herzen, klebt 24 Pfennig darauf — und dann ist ihm wohler.“

Dieser Vorschlag kann nur mit Goebels ausdrücklicher Zustimmung gemacht werden. Sein Feldzug gegen die Kritiker ist längst gescheitert, die Kritik wird lauter und breiter. Die Bürokratisierungsbestrebungen weiss sich keinen anderen Rat mehr als bürokratische Ablenkungsversuch in eine bürokratische Sammelstelle. Was tun Verrückte nicht alles, wenn sie verrückt werden!

Die Reichsnörgelstelle — auch das hätte man sich ehemals nicht einmal im Traum träumen lassen.

Goethe und Carossa

In Frankfurt am Main wurde dem Dichter Hans Carossa vor feierlicher Versammlung der diesjährige Goethepreis überreicht. Dabei wurde auch Goethe gefeiert und Carossa nahm die Ehrung ebenfalls mit einer Rede entgegen, in der er nicht umhin konnte, den wunden Punkt zu berühren, dass auch die deutsche Jugend mehr an Goethe herangeführt werden müsse. Er sprach auch einige Worte über die Zeit,

die uns täglich vor die Aufgabe stellt

Braune Arbeitsverfassung

Die Abschaffung des Arbeitsvertrages

Die Arbeiterfrage im Dritten Reich ist im Juli 1933 in die dritte Etappe der sozialen Umgestaltung eingetreten. Vom Mai bis November 1933 hatte sich das Regime nach dem Raub der Gewerkschaften mit dem Organisationsproblem befasst und nach fehlgeschlagenen Umbauversuchen der Gewerkschaften deren Auflösung beschlossen. Im November 1933 war mit einem Aufruf die „Deutsche Arbeitsfront“ als einzige Zwangsorganisation proklamiert worden. Am 12. Januar 1934 endete mit dem Erlass des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit die zweite Etappe. Mit diesem Arbeitsordnungsgesetz war die Liquidation der vergangenen Periode beendet. Das AOG enthielt zwar kein neues materielles Recht der Arbeit, aber es war die Proklamation eines künftigen nationalsozialistischen Arbeitsrechts. Die Nazi-Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht“ umschreibt dieses Gesetz wie folgt:

„Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit war und ist ein Erziehungs-gesetz, das in die Zukunft weist und die Ideale aufzeigt, die einmal das Ergebnis einer langen Erziehungsarbeit sein sollen.“

Die früheren gesetzlichen Grundlagen für den Arbeitsertrag, des BGB, die Reichsgewerbeordnung, das Handelsgesetzbuch usw. blieben zunächst formell bestehen, wurden aber praktisch durch die Betriebsgemeinschaft unwirksam gemacht, ohne durch eine neue rechtliche Form des Arbeitsvertrages und der Arbeitsvertrags-gesetze ersetzt zu sein. Recht wurde eben, was der „Volksgemeinschaft“ nützt. Die gesetzlich festgelegten rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren mit der Verkündung der Betriebsgemeinschaft gewaltsam ausser Kraft gesetzt worden. Bevor noch ein neues Arbeits- und Arbeitsvertragsrecht geschaffen war, wurden dann im Rahmen der Vierjahresplanverordnungen die auf dem Papier noch bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen ins Gegenteil verkehrt.

Das AOG hatte an die Stelle eines Arbeiterrechts den Grundsatz der Treuepflicht der Gefolgschaft und der Fürsorgepflicht des Betriebsführers proklamiert. Die DAF schreibt heute zum AOG:

„Das gesamte formelle kollektive Arbeitsrecht der Systemzeit war beseitigt... Der einzelne Betrieb gibt sich selbst seine Arbeitsordnung... das nationalsozialistische Führerprinzip beherrscht auch das Betriebsleben... der Unternehmer entscheidet auch in den sozialen Fragen...“

Diese Etappe, in der sowohl der kollektive wie der Einzel-Arbeitsvertrag entgegen der noch nicht aufgehobenen früheren Reichsverfassung und den noch nicht aufgehobenen sozialen Reichsgesetzen praktisch bereits zerstört worden war, soll nun abgeschlossen werden. Ein 1934 eingesetzter „Arbeitsrechtsausschuss der Akademie für Deutsches Recht“ hat nach vier Jahren laut Bericht seines Organs „Deutsches Arbeitsrecht“ einen

Gesetzentwurf über das Arbeitsverhältnis fertiggestellt. Der Entwurf soll noch einigen Dienststellen zur Begutachtung vorgelegt werden (die Arbeiter werden natürlich nicht gehört), um dann von der Diktaturregierung verabschiedet zu werden. Damit beginnt die dritte Etappe der Entrechtung des deutschen Arbeiters. Die rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden in die Rechtsform der Gemeinschaft zwischen Betriebsführer und Gefolgsmann gegossen, an die Stelle des Arbeitsrechts tritt gesetzmässig das Treueverhältnis. Auch rein äusserlich werden die Arbeitsvertragsgesetze durch ein Gesetz über das Arbeitsverhältnis ersetzt. Das AOG soll also im einzelnen durch materielle Rechtsbestimmungen für die Durchführung ergänzt werden. Wir haben nunmehr so etwas wie *nationalsozialistisches Arbeitsrecht* vor uns. Während sich früher das geltende Arbeitsrecht aus den kollektiven Arbeitsverträgen heraus entwickeln konnte, basiert das neue Gesetz über das Arbeitsverhältnis auf den Tarifordnungen der Treuhänder. Es ist Rechtsschöpfung aus diktatorisch erlassenen Zwangsbestimmungen. Die Verfasser erklären es in einem Sonderheft des „Deutschen Arbeitsrechts“ in seinen Grundlagen.

Die Betriebsgemeinschaft beruht auf Treue, Fürsorge und Ehre, auf denselben Gedanken ist das gesetzliche Arbeitsverhältnis aufgebaut. Es begnügt sich, dispositive Normen zu geben

„und sieht auch bei der Gestaltung der zwingenden Vorschriften davon ab, Mindestbedingungen aufzustellen, die allzu hoch bemessen sind... seine zwingenden Mindestbedingungen können auch von einem wirtschaftlich schwachen Betriebe erfüllt werden.“

Diese Anpassung der neuen Sozialpolitik an die rückständigsten Betriebe kennzeichnet nur die Rückzugsstellung der Naziregierung gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum.

Das Arbeitsverhältnis ist im Gegensatz zum Arbeitsvertrag kein vermögensrechtlicher Austausch, kein eigentliches Lohnarbeitsverhältnis, sondern eine personenrechtliche Gemeinschaft zwischen dem Führer und Gefolgsmann, d. h. zwischen dem Herrn und dem Knecht. An die Stelle des Vertragsrechts, das die Republik durch Gesetze schützte, tritt eine Personengemeinschaft, die den Arbeiter in ein Hörigkeitsverhältnis, genannt „Arbeitsverhältnis“, zwingt. Mit der Ersetzung des Arbeitsvertrages durch das Arbeitsverhältnis entfällt vor allem die schuldrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber dem Lohnempfänger. Arbeitsleistung und Lohn sind für das Arbeitsverhältnis nicht mehr die entscheidenden Merkmale, sondern die „Gemeinschaft“, eine hübsche juristische Umschreibung für moderne Sklaverei. Dieser ganze Arbeiterbetrug wird von den Mitgliedern des Nazi-Arbeitsrechtsausschusses derart „wissenschaftlich untermauert“, dass nach Form und Inhalt überhaupt nicht mehr ein Arbeitsvertrag, sondern der Wille der Beteiligten entscheidend ist. Der Un-

ternehmer zwingt dem anderen Teil seinen Willen auf. So entsteht im Gesetz zum Arbeitsverhältnis eine neue verlogene Terminologie für den zerstörten Arbeitsvertrag, nämlich dass

„zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses grundsätzlich eine Willenseinigung erforderlich ist.“

Herr Thyssen oder Klöckner einigt sich mit dem Volksgenossen-Arbeiter diesen in seiner Betriebsgemeinschaft bis zum Weissbluten ausbeuten zu dürfen. Die Naziwissenschaftler hielten es, wie sie selbst sagen, für zweckmässig, dem bisherigen Sprachgebrauch folgend das Wort „Vertrag“ auch weiter zu verwenden, doch wird künftig jede auf Herbeiführung eines Rechtserfolges gerichtete Willenseinigung als Vertrag bezeichnet werden können. Auch Arbeitsverhältnisse, die auf einem Verwaltungsakt beruhen, gelten künftig als Verträge.

Der Nazi-Gesetzgeber umreissst den Begriff der Treuepflicht des Arbeiters durch zwei Merkmale: das Arbeitsverhältnis erhält sein Gepräge durch die Zugehörigkeit des Gefolgsmannes zur Gemeinschaft und durch

„die Verfügungsmacht des Unternehmers über die Arbeitskraft des Gefolgsmannes“

Paragraph 18 bestimmt, dass der Gefolgsmann „sich nach besten Kräften für das Wohl des Unternehmers einzusetzen und alles zu unterlassen hat, was den berechtigten Interessen des Unternehmers zuwiderläuft.“

„Daraus, dass der Unternehmer über die Arbeitskraft des Gefolgsmannes verfügen darf, ergibt sich, dass er Art, Umfang, Zeit und Ort der Arbeitsleistung bestimmen kann. Die Verpflichtung des Gefolgsmannes, diesen Anordnungen nachzukommen, ist die Arbeitspflicht.“

Ueber den gegenseitigen Verkehr der „Gemeinschaft“ wird u. a. gesagt:

„dass im übrigen der Ton des Gefolgsmannes gegenüber dem Unternehmer ein respektvoller zu sein hat, als ihn der Anweisungen erteilende Unternehmer gegenüber dem Beschäftigten anschlagen muss, folgt ohne weiteres aus dem im AOG festgelegten Führerprinzip, sowie aus der Stellung des Unternehmers nach Paragraph 1 des Entwurfs.“

Aus der Gehorsamspflicht wird abgeleitet, dass der Unternehmer in der Betriebsordnung Leibesvisitationen und andere Kontrollen bestimmen kann. Völlig labil ist nach der nationalsozialistischen Soziallehre die Frage Arbeitsleistung und Lohn. Hier stellen die Nazis die Arbeitsleistung des Arbeiters im privatkapitalistischen auf Profit abgestellten Betrieb völlig gleich mit der Stellung des Beamten im Staate. So wie der Beamte seine Dienste zum Wohle des Staates leistet, sein Dienstverhältnis zum Treueverhältnis gegenüber dem Staate wird, verlangt der Entwurf, dass Arbeiter und Angestellte im Privatbetrieb zum Wohle ihres Betriebsführers tätig sein müssen. Bekanntlich geniessen die Staatsbeamten abweichend vom Arbeiter auch eine staat-

lich garantierte lebenslängliche Anstellung mit Pensionsanspruch. Diese staatliche Altersfürsorge kann als Bestandteil des Beamtenlohnes gewertet werden. Nun übernimmt man im neuen Deutschland für den Arbeiter zwar die Treuepflicht aus dem Beamtenrecht, ohne etwa dem Unternehmer die Fürsorgepflicht aufzuerlegen, die der Staat dem Beamten gewährt. Für den Lohnanspruch des Arbeiters gelten nur noch zu einem Teil die Rechtsgrundsätze von Leistung und Gegenleistung. Im übrigen wird der Lohnanspruch nur noch als Ausfluss einer Fürsorgepflicht des Unternehmers erklärt, die in nichtssagenden Redensarten besteht. Fürsorgeleistungen, wie Schönheit der Arbeit, Personalausflüge, Treueprämien und andere „Wohltaten“ werden nun allen Ernstes als Äquivalent für geleistete Arbeit, als Lohnersatz rechtlich verankert.

Diese Umbildung des Arbeitsvertrages in ein Arbeitssklavenverhältnis nennt der Akademieausschuss „ein Meisterwerk deutscher Sorgfalt“. Die einzelnen Bestimmungen verraten, wie es heisst: „die Liebe zu den schaffenden Volksgenossen“.

Böhmisches Tagebuch

Die wahren Absichten der Hitlerei in Böhmen klingen weder aus den Reden des Führers, noch aus denen seines Paladins Henlein. Sie leben in den Flüsterparolen der Henleinleute und verirren sich ab und zu in die Spalten brauner Zeitschriften. Die Monatsschrift „Das innere Reich“ bringt das Tagebuch eines Henleinmannes, der mit pathetischer Begeisterung den Henleinrummel besingt. Ein SdP-Kaff demonstriert, „tschechische Provokateure“ versuchen natürlich ein Blutbad zu provozieren, aber das gelingt nicht, nur die Siegheil-Rufe werden lauter und lauter:

„Ja, das ist sie! Ich erkenne sie wieder, die österreichische Stimmung aus den Märztagen. Wie der Redner die acht Punkte diesem Volksting, dieser wahrhaft konstituierenden Volksversammlung unterbreitet und jenen Punkt acht verliest, der das freie Bekenntnis zur „deutschen Weltanschauung“ fordert, da beherrscht minutenlang der plötzlich entstandene Schrei nach dem *Einen Volk, Reich und Führer* den weiten Platz. Mag die Führung in weiser Mässigung ihre Forderungen auf das Zugeständnis der Selbstregierung durch die Prager Zentrale richten, — das Volk weiss, was sein tiefster Drang ist. Und sein Recht, in Eintracht und in der Übereinstimmung des Willens aller ein eigenes Schicksal zu wählen, ist unveräusserlich.“

Die angebliche „österreichische Stimmung aus den Märztagen“, ein Volk, ein Reich, ein Führer, der „tiefste Drang des Volkes“ — so wurde in Oesterreich der Anschlussrummel gemacht. Los von der Tschechoslovakei — das ist der Sinn obiger Kernstelle.

Dieses „Tagebuch“ ist an „einen englischen Freund“ gerichtet. Schade, dass sich die braune Zeitschrift damit nicht direkt an Lord Runciman wendet. Der kaum noch verkappte Losreissungswunsch hätte die Studien des Lords gründlicher geklärt, als die Weekends in den Schlössern der entthronten Henlein-Granden.

eines allzu goethisch gerichteten Kameraden nachgehen werde.

Man denke sich das in demokratischen Ländern: ein Dichter erhält den höchsten Kulturpreis und wagt nicht nach dem Verbleib eines Dichters der Humanität oder nach dem Geschick unschuldig Gemarterter zu fragen... Die Voraussetzungen sind ebenso undenkbar wie dieser Preisgekrönte. Er würde moralisch gesteinigt.

Die Zwangsbibel

Die neudeutsche Presse feiert die 4. Million von „Mein Kampf“ und berichtet über die Entwicklung der Auflagenhöhe. Bis zum Jahre 1929 wurden 23 000 des ersten und 13 000 des zweiten Bandes verkauft. Erst die Wahlerfolge, die Verbilligung durch eine Volksausgabe und der Druck auf die wachsende Mitgliedschaft brachte eine Steigerung:

„Gegen Ende des Jahres 1930 hatten 62 000 Exemplare der Volksausgabe „Mein Kampf“ ihren Weg ins Volk gefunden, im Jahre 1931 wurden weitere 50 000 verkauft, und das darauffolgende Entscheidungsjahr, in dem sich die Fronten endgültig klärten, brachte einen Absatz von über 80 000 Exemplaren. Nach der Machtübernahme stieg naturgemäss das Interesse an des Führers Buch ins Ungemessene, 1934 stieg die Auflage auf 1 177 000, 1935 auf 2 127 000, 1936 auf 2 717 000, 1937 auf 3 447 000, und jetzt sind vier Millionen überschritten. Vielfach hat sich jetzt die Sitte eingebürgert, dass die Gemeinden — es sind über 20 000, darunter München, Aachen, Magdeburg, Stuttgart, Halle, Hannover und Leipzig — jedem Hochzeitspaar ein be-

sonders schön ausgestaltetes Exemplar von „Mein Kampf“ als Hochzeitsgabe überreichen.

„Die Sitte eingebürgert“ — das ist ein sehr zarter Ausdruck für das Dekret, wonach die Standesämter seit vier Jahren schon jede neue Ehe mit der braunen Bibel zu segnen haben. Das Uebrige besorgte Furcht, Blockwart und Bedrohung. Die 4 Millionen sind Terror-Millionen und damit wohl der peinlichste Erfolg, den je eine politische Hetzschwärze hatte. Wobei nebenbei niemand sagen kann, in welcher Sprache die Hitlerschen Memoiren nun eigentlich geschrieben sind. Wer, ausser den Braunen, hat je gewagt, mit so etwas zu prunken? Selbst die gleichgeschalteten Blätter begnügen sich mit Wiedergabe der Ziffern.

Oesterreichische Passion

Zur Feier des vierten Jahrestages der „Erhebung des nationalsozialistischen Volkes in Oesterreich“ (lies der Ermordung von Dollfuß) wurde in dem Dorfe Lamprechtshausen bei Salzburg ein „Weihespiel“ uraufgeführt. Der Dichter heisst *Karl Springenschmid*, ein alter Kämpfer, und sein Spiel hat folgenden Inhalt:

„Juli 1934. Das Regiment der Unterdrückung wird manifestiert. Die Jugend des Dorfes zieht aus zum Kampfe gegen den Verrat. Sechs der Besten fallen für die gute Sache. Ein volksfremdes Gericht verurteilt die Ueberlebenden: Gälgen für die einen, Kerker für die andern. Aber nun beginnt der grosse Aufstand. Jedemal ertönt aus der Ferne ein Ruf: der Name eines der sechs Gefallenen wird aufgerufen...“

Durchhalten zu stärken. Endlich fallen die Kerkerwände. Unter der Fahne Adolf Hitlers tritt alles Volk in Erlösung und Glauben zur Siegesfeier zusammen.“

Das ist das „hinreissende Volksspiel, das aufwühlende Erlebnis revolutionärer Gegenwartsgeschichte, gestaltet durch die geniale Idee eines Dichters“, wie die nationalsozialistische Presse zu rühmen weiss. Die Unterwerfung eines Volkes unter den Eroberer wird umgemünzt in einen Freiheitskampf; immer wieder findet sich ein feiler „Dichter“, der die Idee der Freiheit prostituiert und für seinen imitierten Kitsch den Preis der absoluten Genialität erntet.

Die Stimme des Krieges

„Da die Aufstellung von Reichslautsprechersäulen im wesentlichen auf die Grossstädte beschränkt bleibt, ist der „Gemeinderundfunk e. V.“ ins Leben gerufen worden, um die mittleren und kleinen Städte und die Landgemeinden mit transportablen Lautsprecheranlagen zu versorgen. In Zusammenarbeit mit der Rundfunkindustrie hat der Gemeinderundfunk e. V. Spezialapparate entwickelt, die vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda freigegeben worden sind. Die Anlagen werden in Transportkoffer eingebaut und sind sofort betriebsfertig. Sie sind aus einheitlichen Grundelementen aufgebaut und können unter Zusammenziehung der Anlagen mehrerer Nachbargemeinden jederzeit zu Grossanlagen zusammengesetzt werden, die bei Grossveranstaltungen vielleicht notwendig werden.“

Vom Luftschutz

Nichts als Kriegsvorbereitung

Wir erfahren aus Hannover: Die Propagandaarbeit des Reichsluftschutzbundes in Hannover hat durch die Einrichtung einer **Luftschutz-Hauptschule** einen starken Auftrieb erhalten. In der Luftschutz-Hauptschule werden Kräfte geschult, Männer und Frauen, die den unteren Dienststellen des R.L.B. als Lehrer und Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden. Die Kurse an dieser Schule dauern drei Monate, der Unterricht findet dreimal wöchentlich statt. Die ausgebildeten Kräfte machen sich Hoffnung, einmal im Reichsluftschutzbund angestellt zu werden. Es sind viele unter ihnen, die den Luftschutz durchaus nicht ernst nehmen, aber auf diese Weise eine Versorgung zu erhalten hoffen.

Während die Studenten, die auf Grund irgendeiner körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, Arbeits- und Wehrdienst zu leisten, bisher im Landdienst oder in verschiedenen Parteidienststellen beschäftigt wurden (der sogenannte „studentische Ausgleichsdienst“), werden sie nunmehr ebenfalls im Luftschutz eingesetzt. Sie werden sechs Wochen ebenfalls als Lehrer in den Ortsgruppen des Luftschutzbundes arbeiten und werden dann nochmals zwei Wochen in der Hauptschule unterrichtet. Diese Ausbildung ist gründlicher als die der zuerst genannten Kräfte, da es sich vor allem um Studenten der Technischen Hochschule handelt.

Jedes Haus hat seinen Luftschutzwart, jeder Häuserblock seinen Blockwart. Der Luftschutzwart hat das Haus zu organisieren, d. h. die Hausgenossen für den Dienst einzuteilen. Er hat zwei Mann für den Dienst auf dem Hausboden, zwei Mann zum Löschen (Hausfeuerwehr), einen Mann zum Alarmieren zu bestellen; der Hauswart selbst hat dafür zu sorgen, dass der Luftschutzkeller im Stande ist, dass im Treppenhaus Wegweiser zum Luftschutzkeller angebracht werden, dass im Ernstfall oder bei Alarm das Haus verdunkelt ist und die Menschen in den Keller hinuntergehen usw. Für diese Aufgabe hat er hilfspolizeiliche Befugnisse.

Alle Hauswarte und Blockwarte müssen die Kurse der Luftschutz-Ortsgruppe besuchen. Der Kursus umfasst drei Abende. Am ersten Abend wird Allgemeines über den Gaskrieg mitgeteilt. Dabei wird den Teilnehmern gesagt, dass der Gaskrieg gar nicht gefährlich sei. Alles, was darüber gesagt würde, wäre falsch; man solle nicht bange sein. Viel gefährlicher als die Gasbomben seien die Brandbomben. Das seien kleine, nur zweihundert Gramm schwere Brandbomben, deren Hülle aus Electron bestehe, und deren Füllung eine Termitmischung, bei Aufschlagen eine Hitze von 1500 Grad verbreite, die sofort Brand entfacht. (NB.: Vielen Kurssteilnehmern sind die Electronbrandbomben bekannt; denn die Leichtmetallwerke stellen seit Jahren die Hüllen in ungeheuren Mengen her, und im Laboratorium der Leichtmetallwerke werden ständig Verbesserungsversuche dieser Bomben unternommen.) — Am zweiten Abend wird die Einrichtung eines Luftschutzkellers und die richtige Einrichtung des Hausbodens an Lichtbildern erläutert. Der Luftschutzkeller mit Telefon- und Rundfunkanschluss, mit Gasschleuse, Fensterbarrikaden usw. ist vom Hauswirt herzustellen. Es versteht sich, dass in den meisten Fällen der Hauswart Schwierigkeiten mit dem Hausbesitzer bekommt, wenn er auf die garnicht billige Einrichtung eines solchen Kellers drängt. In den meisten Fällen soll die Einrichtung für 1500 Mk. schon herzustellen sein. Auf dem Boden muss eine grosse Wanne mit Sand, Schaufeln, Fegblech, Axt und anderes Werkzeug vorhanden sein. — Am dritten Abend werden die Obliegenheiten des Hauswartes und der anderen Hausgenossen, der Hausfeuerwehr, der Sanitäter usw. behandelt. Dieser Teil des Kursus erweckt regelmässig Heiterkeit unter den Zuhörern. Insbesondere wenn auseinandergesetzt wird, dass die Bodenwache den Boden mit Sand zu bestreuen hat und eine etwa das Dach durchschlagende Bombe auf das Fegeblech zu nehmen und mit Sand zu bestreuen hat. Wie das bei einer Hitze von 1500 Grad möglich sein soll, ist jedem ein Rätsel. Man kann bei solchen Kursen neben Heiterkeit der Männer auch Aufschreie und Schluchzen der Frauen wahrnehmen; denn vor allem Frauen kommen für diese Dinge in Frage, da die wehrfähigen Männer ja anders Arbeit bekommen werden. Ferner wird auch die Angst vor dem Gaskrieg durch solchen Unterricht erheblich vergrößert, so sehr man sich auch Mühe gibt, den Gaskrieg zu bagatellisieren.

Von oben her wird viel getan, um den Luftschutz auch praktisch zu organisieren. Allerdings ist man rigoros bisher nur in den Gegenden vorgegangen, die Bahnanlagen oder kriegswichtigen Industrieanlagen benachbart sind. In anderen Gegenden ist

nicht einmal die Entrümpelung der Bodenplanmässig vorgenommen; hier blieb es bei Aufrufen, die nicht befolgt werden.

Den Bemühungen von oben entspricht keineswegs die Bereitschaft der Bevölkerung, die Dinge ebenso ernst zu nehmen. Man tut das, was man tun muss und dem man sich nicht entziehen kann. Pflicht der Hausbewohner ist es, bei Luftschutzübungen das Haus zu verdunkeln. Die Fenster müssen zu diesem Zweck mit einem starken schwarzen Papier verklebt werden, das für diesen Zweck hergestellt und von jedem gekauft werden muss. Ausserdem müssen die Fensterscheiben kreuzweise mit starken Papierstreifen verklebt werden, damit nicht im Falle von Explosionen die Glasscheiben herumfliegen, sondern an den Papierstreifen kleben bleiben. Das ist das, was die meisten tun; ein besonderes Interesse darüber hinaus zeigt man nicht. Vom Amt des Hauswartes oder gar Blockwartes sucht man sich unter irgendwelchen Vorwänden zu drücken. Es kommt jedoch oftmals vor, dass kommandiert wird: „Sie haben das Amt anzunehmen!“, wenn durchaus niemand dafür gefunden werden kann.

Die letzte Luftschutzübung fiel dermaßen mangelhaft aus, dass sie abgeblasen und die Bevölkerung öffentlich gefadelt wurde. Nicht einmal die Verdunkelung der Häuser

sei restlos durchgeführt worden. In Zukunft seien Patronillen, die heute durch die Strassen rennen und „Licht aus!“ brüllen, beauftragt, in die Häuser einzudringen, Gewalt anzuwenden und Strafen zu verhängen. Bei der vorletzten Übung durfte niemand nach acht Uhr auf die Strasse gehen. Man wartete bis elf Uhr, aber vernahm von einer Übung nichts. Darauf war grosse Empörung, besonders in den Kreisen der Gastwirte, denen für diesen einen Abend das Geschäft verdorben war. Einige Tage später wurde bekanntgegeben, die Übung hätte nicht durchgeführt werden können, da in Hannover ein Flugzeug an dem Abend abgestürzt sei, wobei fünf SA-Führer den Tod gefunden hätten.

Wo immer im Reich

„Wer bäckt das schlechteste Brot?“ Wo immer im Reich Volksgenossen verschiedener landschaftlicher Herkunft um einen Tisch sitzen und sich bemühen, mit frisch geschärften Klingen irgendein Brot in genussfertige Scheiben zu schneiden, entbrennt dieser seltsame Wettbewerb um die Palme der schlechtesten Leistung, und für gewöhnlich sind es dann die Berliner, die dabei den Vogel abschiessen. Sie schildern sämtliche der Wissenschaft bis-

her bekannten Aggregatzustände halbflüssiger, feuchtfester, klebriger, quellbarer, bröcklicher, griessiger, harter und steinharter Massen in der denkbar anschaulichsten Weise, sodass die Gegner bald überzeugt sind, in Berlin bürke man überhaupt kein Brot, sondern eine überaus abwechslungsreiche und bemerkenswerte Mischung aus Sägespänen und Zellwolle. . . . Gehen man diesen Phantasien nach, so trifft man sehr bald auf einen um das Wohl seiner Kundschaft recht besorgten Bäckermeister, der sich in zarten Andeutungen darüber ergeht, weshalb sein Brot so schlecht ist, und dass es noch viel schlechter sein würde, wenn es ihm, dem Meister, nicht gelänge, dank unübertrefflicher Fertigkeit selbst aus getreideunähnlichen Stoffen doch noch eine brotähnliche Masse zustandem bringen.“

Das „Schwarze Korps“, Berlin, 11. August, Nr. 37

Ausbildung von Kolonialbeamten

Am 15. Oktober beginnen in Berlin Ausbildungskurse der Reichsschulen für die Kolonialverwaltung, in denen die Beamten für die künftigen deutschen Kolonien ausgebildet werden sollen.

DOLMETSCHER-DIENSTE Übersetzungen, Schreibmaschinenarbeiten. Alle Handelskorrespondenz in deutsch, franz., engl., poln. in u. ausser dem Hause, 13genmaschine, fertigt prompt u. billig an: Oskar, 1, rue Jacquart, Paris (XI). Tel.: ROQ 61-73.

REICHLER, 16, rue Bichat, Paris-10° BOT. 96-89 ZAHLT HOECHSTE PREISE für getrag. Herrengarderobe

TISCHLER, TAPEZIERER und MALER Anstreicherarbeiten billigst. SCHLANGER, Paris (18°), 9, rue Bachelot. STENOYPISTIN Vertretung, Diktat stundenweise. GRAVE, 96, Cours de Vincennes Paris (12°) — DID. 97-93.

KAUFE BRIEFMARKEN (Sammlungen, Lots, Korrespondenzen). F. AUERBACH, 27, rue Paul Lelong, Paris (2°).

Librairie des Facultés 16, rue Monsieur-le-Prince, Paris-6° Die Buchhandlung des Freien Deutschen Buches Neuerscheinungen Antiquariat (französisch, deutsch, russisch): Socialistica — Oekonomie — Geschichte — Philosophie — Kunst — Schöne Literatur — Klassiker Versand nach allen Ländern Verlangen Sie unseren Katalog! Schicken Sie uns Ihre Desideraten-Liste!

SCHREIBMASCHINEN OSNER 5, Rue Mayran PARIS (IX°) Tel. TRUD 62-28 Ersatzteile und Bürobedarf

Der Sozialistische Kampf LA LUTTE SOCIALISTE Die Nr. 8 des „Sozialistischen Kampf“ (Paris 9°, 20, Avenue Trudaine) bringt Beiträge von Theodor Dan, Paul Sering, Max Werner, Georg Wieser, ein Nachwort zur Diskussion über „Krieg und Sozialismus“, Berichte aus Oesterreich. Preis des Einzelheftes frs. 4. — Vierteljahresabonnement frs. 25. — Halbjahresabonnement frs. 50. — Jahresabonnement frs. 95. — Bestellungen an die Verwaltung des „Sozialistischen Kampf“, 20, Avenue Trudaine, Paris 9°.

Die kleinsten Treffer

Eine Zeile kostet nur ffr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i. für Belgien: bfr. 4. —; Tschechoslovakien: Kc. 4.—; England: d. 8; Holland: hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60).

60 Jahre wird UPTON SINCLAIR, der tapferere amerikanische Schriftsteller am 20. September 1938. Verlangen Sie von Ihrem Buchhändler seine Werke „Jimmie Higgins“, „Alkohol“, „Auf Vorposten“, „Drei Freiwillige“ und „Autokonting Ford“ (kürzlich erschienen). MALIK-VERLAG.

MUELLER-JOEL, 5, Rue Mayran, Paris 9. Vervielfältigungen — Foto-Kopien — Übersetzungen — Schreibarbeiten.

LINDBERGH hat sich in Moskau mit Wodopjanow über dessen Nordpolfahrt unterhalten. Das können Sie nicht. Aber Sie können viel Interessantes darüber lesen in dem Buch: Wodopjanow „Die Eroberung des Nordpols“ (21 Bilder). MALIK-VERLAG.

Lohnender NEBENVERDIENST bietet sich für Redegewandte. Angebote unter: „Vertreter gesucht“ an die Expedition des „Neuen Vorwärts“.

WIR LESEN FUER SIE Viele hundert Zeitungen und Zeitschriften aus allen Erdteilen werden bei uns genau nach Ihren Wünschen gelesen und ausgeschnitten. Ueber jedes Thema dokumentieren wir Sie rasch und sachkundig. Verlangen Sie unseren Prospekt. Bureau International de Documentation 33, rue de l'Amiral-Mouchez. — Paris 13°.

Goebbels hat Bertolt Brechts Werke verbrennen lassen. Wir lassen sie neu erscheinen. Band I/II sind schon erschienen, im Herbst folgen Band III und IV! Verlangen Sie Prospekte von Ihrer Buchhandlung. MALIK-VERLAG.

RESTAURANT J. KANTOROWICZ, 15, rue Béranger, Paris 3° (Place de la République) Man spricht deutsch.

Emigrant, der sich durch BRIEFMARKEN-HANDEL kl. Existenz schaffen will, erbittet Zusendung gebrauchter Marken gegen Portoerstattung. Auch zu Tausch bereit. Zusendungen an KK. 13 Expedition „Neuer Vorwärts“.

DER FASCHISMUS ALS MASSENBEWEGUNG Sein Aufstieg und seine Zersetzung 75 Seiten. Für die Tschechoslovakien: Kronen 8.— Für die Schweiz: sFr. 1.35 — Für USA: Dollar —.35 — Für Holland: hfl. —.55 — Für Frankreich: fFr. 8.80 — Für Dänemark: dKr. 1.35 — Für England: 1/3 sh. — Für Polen: Zloty 1.65 — Für Schweden: sKr. 1.30 — Für Belgien: bFr. 8.80 — Für Rum.: Lei 44. — VERLAGSANSTALT GRAPHIA Karlsbad (Tschechoslovakien) Kantale.

Bezugspreise Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise in“ das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslovakien Kr. 1.40 (18.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.30 (4.20), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Sie helfen uns

und Sie ersparen sich Geld, Zeit und Mühe, wenn Sie den „NEUEN VORWAERTS“ direkt beim Verlag oder bei Ihrem Postamt bestellen. Ein Abonnement ist billiger als der Kauf der Einzelnummern. Ein Abonnement spart Ihnen den Weg zum Zeitungshändler. Ein Abonnement sichert Ihnen die regelmässige Lieferung der Zeitung.

Es ist wirklich von Vorteil für Sie! Ueberzeugen Sie sich und füllen Sie den anhängenden Bestellschein aus.

An Verlag Neuer Vorwaerts 30, rue des Ecoles Paris-5°

Bestellschein

Ich bestelle den NEUEN VORWAERTS und erwarte regelmässige Lieferung von nächster Nummer an:

(Name)

(Wohnort)

(Strasse u. Nr.)

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris, C. c. 88 504. Tschechoslovakien: „Neuer Vorwärts“ Paris, Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris, Warschau 194 787. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris, Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslovakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslovakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslovakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genane Bezeichnung der Konten ist erforderlich.